

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 6 14. Jahrgang

Berlin, den 15. März 1933

Falsche Rechnung

H. W. L.
APR 12 1933

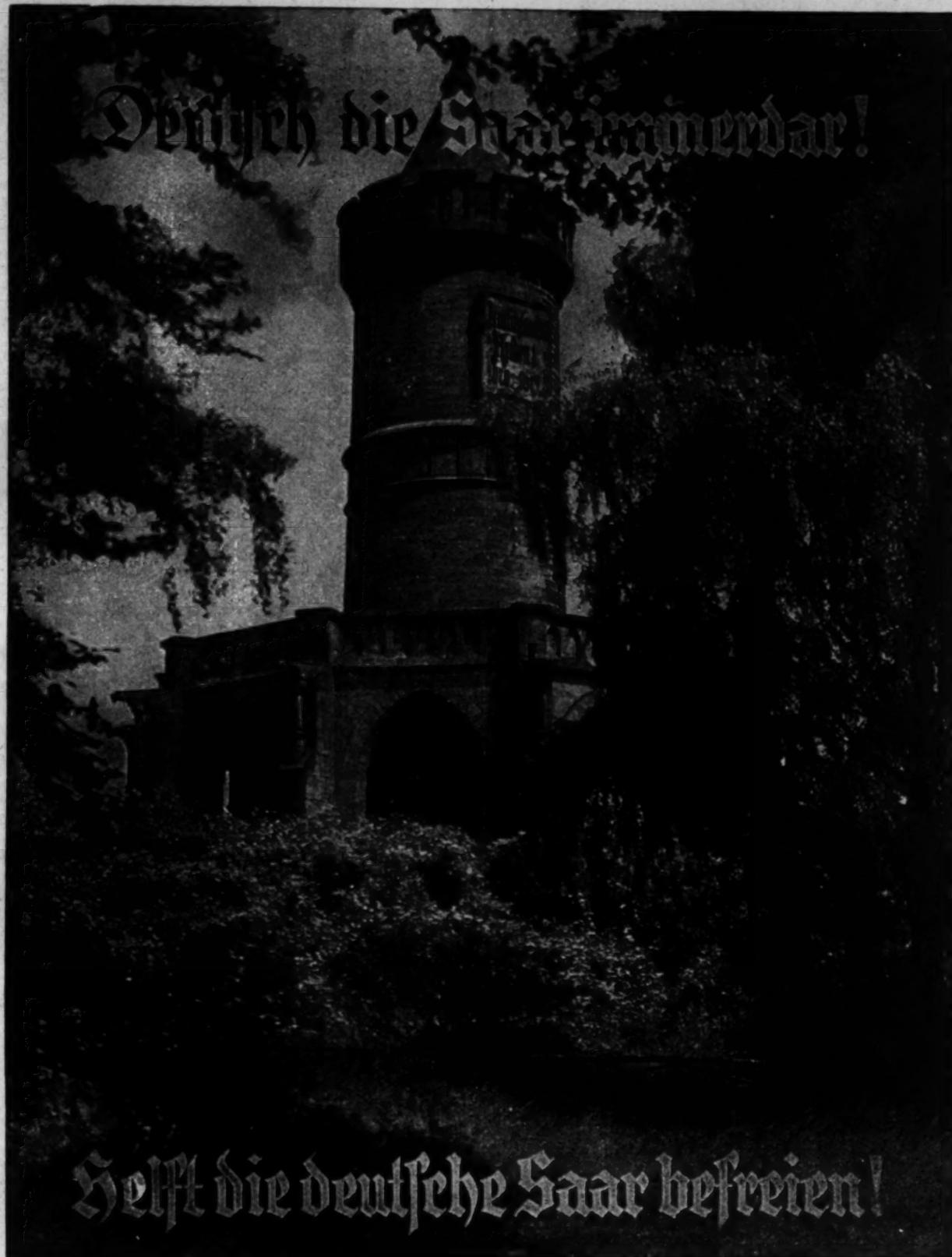


Saartal bei Völklingen.

Phot. M. Wenz-Saarbr.

An unsrer Väter Taten
Mit Liebe sich erbaun,
Fortpflanzen ihre Saaten,
Dem alten Grund vertraun,
In solchem Angedenken
Des Landes Heil erneun,

Um unsre Schmach sich kränken,
Sich unsrer Ehre freun,
Sein eignes Ich vergessen
In aller Lust und Schmerz:
Das nennt man, wohl ermessen,
Für unser Volk ein Herz ...
Ludwig Uhland.



Ein Merkblatt
mit 28 ganz- und 50 halbseitigen wundervollen
Kupfertiefdruck-Bildern aus dem Saargebiet
von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin

Preis

Rm. 1.50

Bestellen Sie noch heute

bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein“
Berlin SW. 11, Stresemannstraße 42

Jeder muß die Druckschrift lesen!

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet

Nummer 6 · 14. Jahrgang



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Berlin, den 15. März 1933

Falsche Rechnung

Von Richard Posselt.

Die innerpolitischen Vorgänge im Reich finden erklärlicherweise auch im Ausland allerstärkstes Interesse. Mit zunehmendem Erstaunen hat man vor allem in Frankreich feststellen müssen, daß sich hinter der nationalen Bewegung, die jetzt nach den Wahlen vom 5. und 12. März das Regierungssteuer fest in Händen hat, eine *Volkssolidierung* verbirgt, die getragen wird von dem unbeugsamen *Freiheitsswillen des deutschen Volkes*. Diejenigen, die heute im Ausland erstaunt tun, sollten sich sagen, daß sie selbst diesen Willen geschaffen und Jahr um Jahr neu gestärkt haben durch eine Politik, die gerade das Gegenteil, nämlich die dauernde Verklavung des deutschen Volkes wollte. Es nutzten alle Mahnungen und Warnungen nichts, man wollte nicht glauben, daß im deutschen Volke dieses Sehnen nach nationaler, politischer und wirtschaftlicher Freiheit unabzähmbar sei. Es war ein Trugschluß, den man in Versailles zog, den nämlich, daß man mit den Mitteln systematischer Zermürbungspolitik das deutsche Volk auf die Knie zwingen und es zu widerstandslosen Lastenträgern der „Siegerstaaten“ machen könnte.

Man wird dem deutschen Volk und den deutschen Regierungen nicht den Vorwurf machen können, daß sie nicht ihre ganze Kraft eingesetzt hätten, um den vertraglichen Verpflichtungen nach Möglichkeit nachzukommen. Das deutsche Volk hat sich bis zum letzten Blutstropfen aussaugen lassen; es hat erfüllt und immer wieder erfüllt. Aber je mehr es zahlte, je mehr es opferte, je mehr es darbte, je mehr hat man die Lasten erhöht und die Fesseln verschärft. Aus der Geschichte hätten die ausländischen Machthaber lernen können, daß das deutsche Volk nicht auf die Dauer das Sklavenjoch verträgt. Die Versailler Brutalitäten in jeglicher Form mußten in Deutschland Gegenwirkungen auslösen, um die Fesseln zu sprengen.

Das Ausland hat die deutschen Zeichen der Zeit nicht verstanden. Bis in die letzten Wochen hinein hat man geglaubt, Deutschland um sein Recht betrügen zu können. Über die Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung setzt man sich mit Redensarten hinweg. Man denkt nicht daran, das Versprechen einzulösen, das man feierlich gegeben. Man erfindet eine Auslegung nach der anderen, die im Grunde immer wieder dasselbe sagt, nämlich daß Deutschland ohne Schuh den Machtplänen seiner Nachbarn ausgeliefert bleiben soll. Sie wollen weiterrüsten, um Deutschland niederschlagen zu können, wenn sie glauben, daß es nicht mehr ihren Willen erfüllt. Diese Politik mußte den Geist der nationalen Erhebung stärken und mußte den Willen zu nationaler Freiheit zu loderner Flamme entfachen.

Jetzt möchte man aus den verschiedensten Vorgängen in Deutschland Maßnahmen begründen, die sich angeblich aus Verstößen gegen das Versailler Diktat ergeben! Wenn Polen

gegen Danzig mobil macht, so überlegt man sich in Genf dreimal, bevor man sich einmal zu entscheiden wagt, ob man dagegen etwas unternehmen soll oder nicht. Wenn Frankreich seine Rüstungen weiterverstärkt und seinen Sicherheitsgürtel zu einer uneinnehmbaren Festung gestaltet und sich trotzdem noch von 200 in Kehl einmarschierenden SA-Leuten bedroht fühlt, dann mutet man der Welt zu, daß man so etwas ernst nimmt. Man wird sich allmählich auch in Paris und den Gedanken gewöhnen müssen, daß 14 Jahre ununterbrochenen Terrors gegen die deutschen Lebensrechte einen Volkswillen erstehen ließ, der sein Recht und seine Freiheit verlangt. Mögen die anderen erst einmal den Nachweis erbringen, daß sie gewillt sind, Verträge zu halten. Dann wird man sich darüber unterhalten können, ob Deutschland seine Verpflichtungen verletzt hat.

Gewisse französische Saarpolitiker glauben, aus den innerdeutschen Verhältnissen Hoffnungen für ihre saarannexionistischen Ziele wecken zu können. Das gesamte Geschmeiß der von französischen Propagandafonds existierenden sogenannten Pressezeugnisse ist sieberhaft bemüht, den Pariser Auftraggebern und Lohnzahldern zu vermelden, daß zwischen Saargebiet und Reich sich eine Kluft aufgetan habe. Die saarpolitische Einheitsfront sei nicht mehr vorhanden, was sich bei dem Besuch des Vizekanzlers v. Papen an der Saar gezeigt habe. Man möchte da eine Affäre ausschlachten, die zu den rein innerpolitischen Angelegenheiten gehört, um die sich die Forbach und sonstigen Lohnschreiber absolut nicht zu kümmern haben. Für ihre schmückigen Geschäfte fällt daraus jedenfalls nichts ab. Das haben die Herrschaften inzwischen wohl selbst eingesehen, besonders nachdem von saarländischer Zentrumsseite aus eine so eindeutige Erklärung erlassen wurde, daß man selbst in Paris es nicht mehr wagt, neue Saarhoffnungen zu nähren. Die Forbacher Klique sollte sich einmal an Pariser unterrichteter Stelle darüber erkundigen, wie man dort die Saardinge beurteilt: dort betet man jeden Tag aufs neue, daß Deutschland in der Frage des Saargebiets einen Vorschlag machen möchte, damit man um die unbequeme Saarabstimmung herumkomme. Denn kommt es dazu, dann erlebt Frankreich eine Niederlage, die nicht ohne stärkere Auswirkung auf die französische Innen- und Außenpolitik bleiben könnte.

Es gibt natürlich Lohnschreiber, die sich über nationale Grenzen ebenso leicht hinwegsetzen wie über nationale Gewissen. Das hat man doch in Forbach jetzt gerade im Falle Schöttler überzeugend erlebt. Da ist ein Mann, der sich kein Gewissen daraus macht, sein Vaterland und seine „Überzeugungen“ für 30 Silberlinge zu verraten. Ihm gab man gern die französische Staatsangehörigkeit und ließ ihn durch eine umfassende Thermometertransaktion manches Sümmchen verdienen. Und jetzt plötzlich stellt man fest, daß dieser

Die Nr. 3 der „Saarheimatbilder“ liegt dieser Ausgabe bei

Monsieur Schöttler ein ebenso miserabler Franzose wie schlechter Deutscher war. Solche Leute gibt es nicht nur in Forbach, sondern auch in Saarbrücken. Ueber sie werden einstens die Alten ähnlich gelüftet werden wie im Falle Schöttler. Wir gönnen sie den Franzosen, sind aber überzeugt, daß man sich in gewissen Amtsstuben Saarbrückens wie Paris' je länger je mehr Gedanken darüber macht, was aus solchen politischen Sumpfpflanzen wohl Brauchbares zu gewinnen sei. Auch wenn man noch so überzeugend nachzuweisen sich bemüht, daß ein Stimmungsumschwung an der Saar eingetreten sei — wir haben bisher von dieser Seite immer nur gehört, daß die Abneigung gegen Preußen und die Hinneigung zu Frankreich größer und größer werde. Sie war nach Clemenceau schon 1918 und vordem vorhanden, hat nach Schöttler und den nachfolgenden Saarbundgrößen zugenumommen und müßte eigentlich inzwischen die ganze Saargebietbevölkerung erfaßt haben. Und nun ein völliger Stimmungsumschwung? Wenn die Herrschaften logisch sein und immer wahrheitsgemäß berichtet haben wollen, dann müßten sie jetzt nach Paris schreiben: der Umschung an der Saar ist vollkommen, die Saarbevölkerung verlangt einstimmig die Rückkehr zum Reich!

Wenn man deshalb in Paris einiges aus den Vor-

gängen im Reich lernen wollte, dann das: je schärfer der Druck und je offenkundiger das gewollte Unrecht, je fester wird der Willeder Saar deutschen zur Rückkehr ins deutsche Vaterhaus geschmiedet. Die Sehnsucht des deutschen Volkes nach Freiheit und nach Recht ist an der Saar ebenso groß und unabzähmbar wie im übrigen Reich. Da nutzen keine gefälschten Berichte und keine falschen Behauptungen: die ungeheure Not an der Saar und die Hoffnungslosigkeit für eine wirtschaftliche Gesundung unter dem Regime des Völkerbundes hat den Willen nur gestärkt: mit den übrigen deutschen Brüdern und Schwestern bald wieder vereint zu sein. Wenn man in Paris glaubt, überflüssige Gelder in hoffnungslose Propagandaunternehmen stecken zu sollen — uns soll es recht sein. Die Antwort darauf wird die Saar-gebietsbevölkerung am Tage der Abrechnung geben. Dort wird sich zeigen, welch falsche Rechnung man aufstellt, als man mit Clemenceaus Saarläge einen Feldzug gegen die Saarwahrheit einleitete. Die innerdeutschen Vorgänge sind jedenfalls nicht geeignet, Frankreichs Saarhoffnungen irgendwie in Erfüllung gehen zu lassen, im Gegenteil: der Deutschen Freiheitssehnen wird mehr noch als bisher das Saarvolk erfüllen, damit der Tag der Abstimmung ein Tag klarster Abrechnung werde.

Was geschieht in der Saarfrage?

Von Chefredakteur Otto Edler - Saarbrücken.

Der Wahlkampf und der Ausgang der Wahlen im Reiche ist auch hier im Saargebiet mit lebhafter Anteilnahme verfolgt worden. Ist doch für die Lösung der Saarfrage im Sinne der deutschen Saarbevölkerung eine gefestigte Reichsregierung, die allen unberechtigten Ansprüchen mit Nachdruck entgegenzutreten entschlossen ist, ein Hauptfordernis. Von der Saar aus betrachtet, haben die maßgebenden deutschen Stellen sich seit dem Scheitern der Pariser Saar-Verhandlungen in der Saarfrage eine Zurückhaltung auferlegt, für die Verständnis aufzubringen sicherlich nicht leicht ist. Wenn es auch angesichts der französischen Hartnädigkeit, aus der Saarfrage doch noch Kapital schlagen zu wollen, ziemlich aussichtslos gewesen sein mag, die in Paris von Regierung zu Regierung vereinbarte Fortsetzung der Verhandlungen in Gang zu bringen, so erscheint das absolute offizielle Stillschweigen doch kaum verständlich, zumal man sich in Paris in der Saarfrage weniger Zurückhaltung auferlegt. Konnte man auch die recht lebhaft in der französischen Presse betriebene Saar-Propaganda eher offiziell übergehen, der unglaubliche Vorstoß Herrriots in der französischen Kammer hätte mindestens eine scharfe amtliche Zurückweisung verdient. Hielte es doch Herr Herriot noch als Ministerpräsident für angebracht, nach 14jähriger Aufrechterhaltung des offensiven Unrechts von Versailles am Saargebiet das französische Begehr nach der Grenze von 1814 — also die glatte Annexion des Saargebietes — als eine Forderung der — Gerechtigkeit zu bezeichnen! Lediglich in der deutschen Presse fand man hie und da eine Zurückweisung dieser — Unverschämtheit.

Seit 1919 erträgt das deutsche Saarvolk die unwürdige Fremdherrschaft, die noch heute tut, was man in Paris verlangt. Von Anfang an hat die Saarbevölkerung gegen die ihr aufgezwungene landsfremde Regierung protestiert, sich aber loyal bereit erklärt, unter Wahrung ihres Deutschtums mit ihr zum Wohle des Gebietes zusammenzuarbeiten. Dieses ehrlich gemeinte Anerbieten ist von dem ersten französischen Regierungspräsidenten Rault höhnisch zurückgewiesen und auch von seinem Nachfolger beachtet worden. Immer wieder enttäuscht wurden die aufstauenden Hoffnungen auf eine Lösung der Versailler Fesseln vor Ablauf der 15 Jahre. Inzwischen rückt der Termin, über den hinaus die Fremdherrschaft nicht mehr aufrechterhalten bleiben darf, näher heran. Die Vottrennung des Saargebietes läuft zwangsmäßig am 10. Januar 1935 ab. Eine der Finessen des Versailler Vertrages hat die Volks-

abstimmung mit dem Ablauf der 15jährigen Frist verbunden, anstatt sie zeitlich so zu legen, daß wirklich mit dem Ablauf dieser Frist die Zukunft des Saargebietes entschieden worden wäre. Es muß aber mit Entschiedenheit darauf bestanden werden, daß die Abstimmung spätestens auch am 10. Januar 1935 stattfindet, denn bis zur amtlichen Feststellung ihres Ergebnisses und bis zur letzten Entscheidung, die dem Völkerbundsrat zugewiesen ist, wird immer noch ein gewisser Zeitraum entstehen, während dessen das Geschick des Saargebietes noch in der Schwebe bleibt und die landsfremden Herrscher auf Kosten der Bevölkerung wohl ihre Aemter wahrnehmen werden. Diese Geduldsprobe für die Saarbevölkerung muß so kurz wie möglich sein. Die näheren Anordnungen über die Abstimmung sind ebenfalls dem Völkerbundsrat überlassen worden. Dem Verlangen der politischen Parteien im Saargebiet, eine Liste der Wahlberechtigten aufzustellen, ist aber bis heute noch nicht entsprochen worden. Gänzlich unbekannt ist bisher, auf welchen Grundlagen diese Abstimmung vor sich gehen wird. Neuerdings sind auch Zweifel darüber entstanden, ob bei der Sicherung des für die Ermittlung der Abstimmungsberechtigten in Frage kommenden Altenmaterials für die ordnungsgemäße Durchführung auch eine Gewähr geboten war. Diese mit der entscheidenden Abstimmung zusammenhängenden Fragen werden von Tag zu Tag aktueller, und die deutsche Reichsregierung hat an einer rechtzeitigen Aufklärung das allergrößte Interesse.

Rein zwangsmäßig schiebt sich also die Saarfrage mehr und mehr in den Aufgabenkreis der — leider — deutschen Außenpolitik im Sinne einer unausweichlichen Auseinandersetzung mit Frankreich. Glücklicherweise, kann man sagen, ist die Zeit des Kuhhandels hierbei um deutsche und Saarbevölkerungsinteressen vorüber. Frankreich hat entschieden mit seinen Plänen auf das Saargebiet Pech. Die Spekulation, daß ihm das Saargebiet als reife Frucht in den Schoß fallen würde, ist gründlich fehlgeschlagen, alle Versuche, die deutsche Bevölkerung im westlichen Sinne reif zu machen, waren vergeblich. Immer dringlicher erhebt die Saarbevölkerung ihr Verlangen nach Rüdgliederung zum Reiche, gleichviel, wie auch politisch und wirtschaftlich die Lage in Deutschland sein möge. Die Saar-Bevölkerung selbst lehnt seit je Opfer des Reiches für eine Lösung der Saarfrage vor dem Versailler Termin entschieden ab, sie ist bereit, bis zum Ende unter der Fremdherrschaft auszuhalten, um bei der Abstimmung vor aller Welt ihr Deutschtum zu

erweisen und den erlogenen historischen Ansprüchen Frankreichs auf die Saar ein für allemal ein Ende zu bereiten. Dieser Niederlage zu entgehen, wird sich für Frankreich kaum noch ein Ausweg bieten. In dieser Situation kann das Reich seinen Anspruch auf die restlose Rückgabe des Saargebiets mit allem Nachdruck zur Geltung bringen. In dem bisherigen Parteiwirrwarr und den inneren Parteikämpfen kam die Saarfrage leider mehr und mehr in den Hintergrund, politische Tagesfragen auch in der auswärtigen Politik, die in Genf auszusehen waren, boten keinen Raum dafür, die längst zur Lösung reife Saarfrage zur Sprache zu bringen, und man konnte an der Saar zu der Auffassung gelangen, daß man die Dinge hier mehr laufen ließ, wie sie eben ließen.

Der Verlauf der letzten Reichstagswahl hat die Stellung der Reichsregierung wesentlich gefestigt. Wie verkündet

wurde, darf man mit einer längeren Dauer dieser Mehrheit rechnen. Die Reichsregierung kann sich daher ihrer Aufgabe, das deutsche Volk dem Aufstieg wieder zuzuführen, mit vollen Kräften widmen und wird darüber hinaus auch die Gestaltung des Reiches nach außen zu erkämpfen haben. In Genf ist zwar die Gleichberechtigung Deutschlands bei den Verhandlungen über die Abrüstung erstritten worden, so lange aber an der Saar noch eine landfremde Regierung über deutschen Boden und deutsche Reichsangehörige herrscht, so lange kann von einer Gleichberechtigung in Wirklichkeit nicht die Rede sein.

Von der Regierung Hitler-Papen erhofft und erwartet man daher an der Saar, daß sie sich mit Entschiedenheit für die Beseitigung auch des Unrechts von Versailles am Saargebiet einsetzt.

Die „Abstimmungsbank“ in Saarlouis

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Vor etwa zwei Jahren wurde in Saarlouis unter dem Namen „Kreditgenossenschaft für Stadt und Land e. G. m. b. H.“ ein Unternehmen besonderer Art gegründet. Das zur Verfügung gestellte Geld stammte aus französischen Quellen. Der Zweck des Unternehmens sollte kein anderer sein, als vor allem der notleidenden Landwirtschaft in Saarlouis und Umgebung niedrig verzinssliche Kredite zur Verfügung zu stellen, um damit die Landwirte politisch in die Hand zu bekommen. Auf diese Art und Weise wollte man sich gewiß nicht unbeachtliche politische Einflussmöglichkeiten schaffen; im geeignet erscheinenden Augenblick wollte man dann mit der Kreditentziehung oder Kündigung drohen, um die Kreditnehmer dann dahin zu bringen, daß sie sich politisch in französischem Sinne betätigen oder zum mindesten bei der Abstimmung ihre Stimme für Frankreich bzw. das „selbständige“ Saargebiet abgeben sollten.

Auf diese Art und Weise hat man bereits eine ganze Reihe von Landwirten in eine gewisse politische Abhängigkeit gebracht. Wenn man sich allerdings die Hauptgestalten in und um diese Bank herum ansah, so waren es alles schon unruhiglichst bekannte Persönlichkeiten, an der Spitze der Vorsitzende der neuen Bank, Peter Wagner. Diese haben es verstanden, sich durch die Geldhergabe einen gewissen Einfluß zu sichern. Es wagt niemand, der Geld bekommen hat, gegen diese Herrschaften aufzutreten oder nur gegen sie auszusagen, da man Vergeltungsmaßnahmen befürchtet. Das hat man deutlich bei den letzten Gemeinderatswahlen anlässlich des Auftretens der sog. „Unabhängigen Arbeiter- und Bauernpartei“ merken können. Trotzdem wird man von einer direkten Gefahr, die diese Bank bilden könnte, keinesfalls reden können; denn bei der Abstimmung weiß auch jeder Bauer im Kreis Saarlouis, was er zu tun hat. Es weiß ein jeder, daß auch der Gau Saarlouis wieder zu Deutschland zurückkommen wird, und daß sich nach der Rückgliederung schon Mittel finden werden, ihnen zu helfen, wenn ihnen die anderen Kredite entzogen werden.

Deßwegen erklärt diese Bank natürlich, daß sie nur wirtschaftlich-finanzielle Aufgaben habe; man denke gar nicht an irgendwelche politische Beeinflussung. Zur rechten Zeit wird demgegenüber ein Schreiben dieser Bank, unterzeichnet von Peter Wagner als Vorsitzendem und Durand als Leiter der Kasse, bekannt, das diese an den Forbacher Deputierten Doeblé gerichtet haben und das immerhin recht bemerkenswerte Einzelheiten enthält. Man knüpft an eine in Saaralben geführte persönliche Unterredung, die man nur schriftlich bestätigen will. In dem Schreiben heißt es dann u. a.:

Die allgemeine Wirtschaftskrise hat das Saargebiet in den letzten Jahren stark mitgenommen. Die Auswirkung in

dem letzten Jahr ist so katastrophal, daß fast ganze Berufszweige dem Ruin verfallen sind, wenn ihnen nicht bald entsprechende Hilfe zuteil wird. Trotzdem der Friedensvertrag die Willensfreiheit im Saargebiet sichergestellt hat, wird dieselbe von einer Seite schwer bekämpft. Darunter leiden wirtschaftlich diejenigen Anhänger Frankreichs heute mehr als in den Tagen der politischen Jahrtausendnarrheiten, welche von den Ultnerlinern in zwangswise Vertretung der eigentlichen Saarländer glorreich gefeiert wurden. Es ist deshalb erforderlich, daß wenigstens den Leuten geholfen wird, welche auch heute noch nicht die Anhängerschaft Frankreichs preisgegeben haben. Denn der sehnlichste Wunsch eines Besitzenden ist es doch, sein Besitztum in diesen Tagen, wenn auch unter großen Opfern, zu halten. Von diesem Gedanken geleitet, hat sich unter Mitwirkung der Saarregierung sowie der Bergwerksdirektion unser Institut gegründet.

Es war uns bei der Gründung hauptsächlich darum zu tun, der bodenständigen und gesinnungsfreundlichen Bevölkerung mit einem billigen Zinsfuß zu helfen und sogar noch weitere Kreise für die Anhängerschaft Frankreichs zu gewinnen. Durch Protektion des Herrn Baysset (d. i. der in Saarbrücken sitzende Hauptbeamter der französischen Saarpropaganda, D. Red.) und anderer Herren ist unser Institut unter den vorerwähnten Voraussetzungen gegründet worden. Die Finanzierung hat die Caisse Centrale Sarroise de Crédit Immobilier S. A. Saarbrück unter Führung des Herrn Heyl übernommen . . .

Die Finanzierung begann am 1. März 1931 und hat zur Befriedigung der Bevölkerung geführt. Trotzdem sogar Beleidigungen in Deutschland gegen uns mobil machten und wir in der saarländischen Presse die Tause als Abstimmungsbank erhielten, ließ sich keiner unserer Anhänger irreführen und die Beteiligten vertreten ihre Ansicht gegenüber der Deßwegenheit erst recht, weil man ihnen durch verbilligten Zinsfuß half. Leider war es uns nicht möglich, durch die immer vorschreitende Krise den Leuten zu helfen; denn seit dem 1. September 1931 ist uns die Finanzierung versagt worden, weil die Caisse Centrale Sarroise keine Mittel mehr zur Verfügung stellte . . . Unser Interesse geht dahin, Leuten zu helfen, welche auch heute noch um Frankreichs Gunst werben. Es liegen uns Fälle vor, wo Leuten, welche öffentlich ihre Meinung für Frankreich bekannt geben und sogar ihre Kinder in den Domanialschulen lernen lassen, einfach ohne weiteren Grund das Darlehen von diesen Preußenanhängern gekündigt wird . . . Es ist sehr bedauerlich, daß wir als ein solches Unternehmen den geplagten Leuten nicht helfen können und sehen müssen, daß Leute durch ein kleines Häuslein politischer bezahlter Schreier untergehen sollen. Die allgemeine Stimmung ist noch lange nicht die derjenigen, welche sich als Söldlinge des Preußenreichs in gemeinstter Art und Weise aufzuführen. Wir können noch mit weiterem Material dienen, glauben aber in diesen Ausführungen zur Genüge dargetan zu

haben, daß ein großer Prozentsatz der Bevölkerung im Warndt und den angrenzenden Gebieten auf dem Boden der gegebenen Tatsachen steht, welchem man in der angegebenen Weise helfen muß . . .

Die Quintessenz des ganzen Schreibens ist, man soll in Paris weiteres Geld locker machen für angebliche politische Interessen, wobei die Frage offen bleiben soll, inwieweit die Unterzeichner dieses Schreibens selber persönlich daran interessiert sind, daß weiteres Geld zur Verfügung gestellt wird. Wenn die Quelle versiegt ist, so dürfte dafür in Paris wohl in erster Linie die Erkenntnis maßgebend gewesen sein, daß man mit solchen Mitteln wirklich im Saargebiet nichts mehr erreichen kann und daß man solches Geld ja doch nur in ein Fach ohne Boden hineinwirft. Vielleicht ist man auch dahintergekommen, daß die französischen Propagandagelder in erster Linie zur persönlichen Bereicherung einzelner dienen.

Jedenfalls ist die ganze Beweisführung dieses Schreibens denkbar dürfstig. Zunächst spricht man davon, daß wenigstens noch den Leuten geholfen werden soll, die die Anhängerschaft Frankreichs noch nicht aufgegeben haben. Also gibt man zu, daß deren Zahl sich trotz der Abstimmungsbank bereits erheblich vermindert hat! Früher war es nur eine Handvoll; wieviel oder richtiger wie wenige werden es da heute noch sein? Zum Schluß muß man noch einmal darauf hinweisen, daß doch noch nicht alles verloren ist, man verweist auf eine in den Grenzgebieten angeblich für Frankreich günstige Stimmung. Nun, das ist so die Beweisführung, mit der in letzter Zeit so alle möglichen dunklen Existenz im Saargebiet arbeiten. Man verfaßt phantastische Berichte darüber, daß die Mehrheit der Saarbevölkerung für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes sei, man erfundet Kronzeugen dafür, denen man alles Mögliche in den Mund legt, was sie niemals gesagt haben und schon findet man in allen hohen und höchsten französischen Amtsstellen Gläubige, die den Weg zum französischen Propagandafonds bereitwilligst öffnen.

Es scheint ja, daß man in Frankreich aus den Erfahrungen der Vergangenheit immer noch nichts gelernt hat. Sonst müßte man endlich wissen, daß im ganzen Saargebiet kein einziger anständiger, moralisch einwandfreier Mensch zu finden ist, der sich bereitwillig der französischen Propaganda zur Verfügung stellt; es sind eben immer nur Existenz recht zweifelhafter Art, auch wenn

sie noch so vornehm aufzutreten wissen; und sehr bald erleben die Franzosen an solchen Dunkelmännern ihre helle Freude. Es sei nur erinnert an den Fall Schöttler, der dank seiner politischen Verdienste um Frankreich weitgehendste Hilfe bei allen französischen Amtsstellen fand, und der jetzt zum Dank dafür den französischen Staat um viele Millionen betrogen hat. Es ist anzunehmen, daß man in Frankreich aus dieser Erfahrung seine Folgerungen ziehen wird, und sich in Zukunft zwar noch deutscher Vertreter bedienen wird, ihnen aber nicht mehr zur Seite steht, wenn sie sich im Saargebiet völlig unmöglich gemacht haben bzw. dem Zugriff des Staatsanwaltes flüchten müssen. Aber wie gesagt, der Fall Schöttler ist nicht der letzte seiner Art; wir werden Gelegenheit haben, noch vor der Abstimmung über manchen anderen Ereignisfall des französischen Propagandadienstes zu berichten.

Um jedoch wieder auf unseren speziellen Fall zurückzukommen, so ist hierbei folgende Feststellung besonders interessant: Bei der Gründung der Mutterbank der Saarlouiser Genossenschaftskasse, der oben erwähnten Caisse Centrale, hat niemand anderes als die Regierungskommission des Saargebietes Parte gestanden; sie hat diesem Unternehmen saarländische Steuergelder als billigen Kredit zur Verfügung gestellt. Und ein solches Unternehmen, das sich des besonderen Wohlwollens der Regierungskommission erfreut, finanziert ein Unternehmen, das, wie hier offen zugegeben wird, die Aufgabe hat, durch Geldverleihung die Saarbevölkerung politisch zu beeinflussen. Das erwähnte Schreiben verrät sogar noch mehr: Die Abstimmungsbank ist sogar unter Mithilfe der französischen Bergwerksdirektion und der Saarregierung gegründet worden! So sagt wenigstens der Vorsitzende dieses Instituts und der muß doch schließlich Bescheid wissen. Man soll also jetzt, wo der Abstimmungskampf beginnt, schließlich noch erleben, daß die Saarregierung mit saarländischen Steuergeldern Unternehmungen des französischen Saarpropagandadienstes finanziert. Erstaunt kann darüber der gewiß nicht sein, der die ganze Einstellung der Saarregierung zu denartigen Fragen kennt. Nicht umsonst ist ja der Franzose Morize saarländischer Finanzminister!

Es erscheint notwendig, daß der Völkerbundsrat sich einmal dieser Dinge gründlich annimmt; denn es sollte doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß die zur treuhänderischen Verwaltung des Saargebietes eingesetzte Völkerbundesregierung sich im Abstimmungskampf völlig neutral zu verhalten hat. Wenn da nicht rechtzeitig eingegriffen wird, könnte man es noch erleben, daß schließlich im Saargebiet noch Steuererhöhungen zur Finanzierung des französischen Abstimmungskampfes beschlossen werden.

Die knappshaftlichen Verhältnisse der Versicherten des Saargebietes

Von Joh. Maug.

Für das Saargebiet sind gemäß dem sogenannten Saarstatut, das dem Teil II Abschnitt 4 des Friedensvertrages von Versailles als Anlage beigefügt ist, die am 11. 11. 1918 gültig gewesenen Gesetze und Verordnungen in Kraft geblieben. Hieraus folgt, daß das preußische Knappshaftsgesetz in der Fassung vom 3. 6. 1912 seit der wirtschaftlichen und politischen Abtrennung des Saargebietes vom übrigen Reichsgebiet für das Saargebiet bestehen geblieben ist.

Im Jahre 1921 sind im Auswärtigen Amt zu Berlin erstmalig Verhandlungen gepflogen worden über die Regelung der Beziehungen in der Sozialversicherung zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Dabei wurde auch die knappshaftliche Versicherung behandelt. Die Regierungskommission des Saargebietes, die für dieses Gebiet nach dem Saarstatut zur Gesetzgebung bevollmächtigte Stelle, hat sich verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen und Satzungen des Saargebietes in bezug auf die Voraussetzungen und Bedingungen der Anerkennung der Invalidität mit den be-

treffenden Bestimmungen des Deutschen Reiches im Einklang bleiben. Es wurde hierin von Seiten des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe eine genügende Grundlage für das unveränderte Weiterbestehen der Freizügigkeit zwischen den Saarknappshaftvereinen und den übrigen Knappshaftvereinen erblickt. Tatsächlich ist das preußische Knapphaftsgesetz seit dem Jahre 1924 verschiedentlich durch Verordnungen der Regierungskommission geändert bzw. ergänzt worden, um es in den wesentlichsten Punkten dem Reichsknapphaftsgesetz anzupassen.

Für Preußen wurde das preußische Knapphaftsgesetz durch das am 1. 1. 1924 in Kraft getretene Reichsknapphaftsgesetz aufgehoben. Nach Art. 50 des Reichsknapphaftsgesetzes bestimmt der Reichsarbeitsminister das Nähere über die Anwendung des Reichsknapphaftsgesetzes auf die Knappshaftvereine des Saargebietes. Das ist bisher nicht geschehen und das Reichsknapphaftsgesetz findet somit auf das Saargebiet bis heute keine Anwendung, wenigstens

nicht unmittelbar. Am 1. 1. 1924 war somit die Gegen-
seitigkeit zwischen den Saarknappschäftsvereinen und den
Knappschäftsvereinen des übrigen Deutschen Reiches auf-
gehoben und die Bergarbeiter, die vom Saargebiet nach
dem übrigen Deutschen Reich wechselten und umgekehrt,
waren wieder wie vor 1908 der Gefahr des Verlustes der
erworbenen Ansprüche ausgesetzt. Aus diesem Grunde
wurde das Gegenseitigkeitsverhältnis zum
Saarknappschäftsverein auf dem Gebiete
der Pensionsversicherung durch besondere
Vereinbarungen geregelt. Diese haben im Laufe
der Jahre manche Ergänzungen erfahren und lauten jetzt wie
folgt:

1. Durch die Versicherung in der Pensionsklasse der
Reichsknappschäfts werden die beim Saarknappschäftsverein
erworbenen Anwartschaften erhalten. Dasselbe trifft um-
gekehrt zu. Diese Vereinbarung tritt rückwirkend vom 1. 1.
1923 in Kraft.

2. Frühere Pensionsklassenmitglieder des Saarknapp-
schäftsvereins, die Mitglieder bei der Reichsknappschäfts
werden oder geworden sind, bekommen die Dienstjahre, die
sie dadurch verloren haben, daß sie vor der Zeit des Be-
stehens des Darmstädter Gegenseitigkeitsvertrages von
einem Knappschäftsverein zu einem anderen übertraten, an-
gerechnet, wenn sie noch Bergarbeit verrichten und die
Dienstjahre nachweisen. Ebenso wird vom Saarknapp-
schäftsverein gehandelt, indem er obenerwähnte verlorene
Dienstjahre anrechnet, wenn frühere Mitglieder der Reichs-
knappschäfts Mitglieder des Saarknappschäftsvereins werden
oder geworden sind. Doch ist Voraussetzung, daß diese Be-
stimmung nur Anwendung findet auf Wandermitglieder,
die beim Übergang in einen anderen Verein von diesem
unter Beachtung aller Vorschriften des Darmstädter Gegen-
seitigkeitsvertrages hätten übernommen werden müssen,
falls dieser Vertrag zur Zeit des Übergangs schon Geltung
gehabt hätte.

3. Ist die Voraussetzung des Schlusszuges des Absatzes 2
nicht gegeben, so werden den früheren Pensionsklassenmit-
gliedern des Saarknappschäftsvereins die Dienstjahre, die
sie dadurch verloren haben, daß sie vor der Zeit des Be-
stehens des Darmstädter Gegenseitigkeitsvertrages von einem
Knappschäftsverein zu einem anderen übertraten, wieder
angerechnet, wenn sie nach dem 1. 7. 1926 eine ununter-
brochene sechsmonatige Mitgliedschaft in der Pensionsver-
sicherung der Reichsknappschäfts verbracht haben oder ver-
bringen. Ebenso wird vom Saarknappschäftsverein gehan-
delt, indem er obenerwähnte verlorene Dienstjahre anrech-
net, wenn frühere Mitglieder der Reichsknappschäfts Mitglieder
des Saarknappschäftsvereins werden und nach dem
1. 7. 1926 eine ununterbrochene sechsmonatige Mitgliedschaft
der Pensionsversicherung nachweisen.

4. Für das Wiederaufleben der Anwartschaften stehen
die bei einem Versicherungsträger verbrachten Beitrags-
zeiten in jeder Hinsicht solchen bei dem anderen Versiche-
rungsträger gleich.

Im übrigen gelten für das Wiederaufleben verlorener
Anwartschaften die Bestimmungen der Ziffern 2 und 3.

5. Durch Erhaltung der Anwartschaft bei dem einen
Versicherungsträger wird auch die Anwartschaft bei dem
anderen Versicherungsträger erhalten.

6. Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. Dezember 1934.

Das vorher Gesagte gab kurz einen Überblick über die
Erhaltung und das Wiederaufleben von Anwartschaften
beim Wechsel zwischen dem Saargebiet und dem Reichs-
gebiet. Nunmehr ist die Berechnung und Auszahlung der
Pensionen zu behandeln.

Mit Wirkung vom 1. 7. 1932 sind für die
Berechnung der Bezüge von Wanderver-
sicherten der Reichs- und Saarknappschäfts
neue Vereinbarungen getroffen worden.
Deshalb werden die bis zum 30. 6. 1932 üblichen Pensions-
berechnungen hier nicht behandelt. Die mit Wirkung vom
1. 7. 1932 vorgenommenen Umrechnungen beruhen auf dem
Abkommen, das am 21. 9. 1932 zwischen Vertretern der
Reichs- und Saarknappschäfts geschlossen worden ist. Hiernach
sind die laufenden und die neu zu gewährenden Leistungen
in der Weise zu berechnen, daß die Saar- und Reichsknapp-
schäfts jede für sich zunächst unter Ansatz des bei beiden
Knappschäften erworbenen Dienstalters eine Gesamtpension

nach den für sie gültigen Bestimmungen errechnet und dar-
auf die für sie gültigen Kürzungs- und Ruhensbestimmungen
anwendet. Von dem so errechneten Betrage kommt bei jeder
der beiden Knappschäfte der Teil zur Auszahlung, der
dem Verhältnis der bei der betreffenden Knappschäfts er-
worbenen Dienstzeit zur Gesamtdienstzeit (nach Monaten)
entspricht. Aus sehr vielen bei der Knappschäfts eingegan-
genen Anfragen ist zu schließen, daß der angewandte Be-
rechnungsmodus nicht immer verstanden worden ist. Es
sei zur Erläuterung ein Beispiel angeführt.

Ein Versicherter hat ein Gesamtdienstalter von 300
Monaten erworben, wovon 200 Monate bei der Saarknapp-
schäfts und 100 Monate bei der Ruhrknappschäfts erdient sind.
Die Ruhrknappschäfts errechnet ihre Pension unter Berücksichti-
gung aller für sie gültigen Bestimmungen für das Ge-
samtdienstalter von 300 Monaten. Zu beachten ist hierbei,
daß die Saarbeiträge bis zum 1. 1. 27 nach Lohnklasse V
zu bewerten sind. Nehmen wir an, daß die Ruhrknapp-
schäfts so eine Gesamtpension von 50 RM. errechnet hat. Nun
hat aber der Versicherte bei der Ruhrknappschäfts nur ein
Dienstalter von 100 Monaten erworben. Infolgedessen
braucht die Ruhrknappschäfts von dieser nach ihren Grundsätzen
errechneten Gesamtpension nur einen dem Verhältnis
dieser Dienstzeit zur Gesamtdienstzeit entsprechenden Pen-
sionsanteil tragen. Das wären hier also $\frac{100}{300}$ von 50 RM.
gleich 16,67 RM. In der gleichen Weise werden Kindergeld
und Hinterbliebenenbezüge berechnet.

Die Saarknappschäfts verfährt ebenso wie die
Ruhrknappschäfts, nur mit dem Unterschied, daß sie
die Gesamtpension nach ihren Bestimmungen ermittelt und hier von den Anteilen
entsprechend dem Verhältnis ihrer Dienstzeit
zur Gesamtdienstzeit zählt. Nach dieser Berech-
nungsweise hat die Saarknappschäfts in fast allen Fällen
mehr zu zahlen als bis zum 30. 6. 1932. Bemerkt sei noch,
daß die Umrechnungen für solche Wanderversicherten der
Reichs- und Saarknappschäfts, die der Angestelltenpensions-
klass angehört haben, noch nicht vorgenommen werden können,
weil die Art der Berechnung noch nicht endgültig ge-
klärt ist.

Bei der Ruhrknappschäfts sind etwa 1400 Leistungs-
empfänger mit Saardienstzeiten vorhanden, wovon etwa
bereits 1200 Fälle umgerechnet sind. Bei der Umrechnung
hat sich herausgestellt, daß Hunderte von Leistungsempfän-
gern von der Ruhrknappschäfts weniger bekommen als früher.
Andererseits muß aber auch gesagt werden, daß eine große
Anzahl von der Ruhrknappschäfts mehr erhält als bis zum
30. 6. 1932. Schon oft ist die Frage aufgeworfen worden,
worauf diese Unterschiede zurückzuführen seien. Diese Frage
zu beantworten ist sehr einfach. Bekanntlich sind bis zum
30. 6. 1932 die Dienstzeiten der Reichsknappschäfts und der
Saarknappschäfts auf Grund von Vereinbarungen für die Er-
mittlung der prozentualen auf das Dienstalter jeder Knapp-
schäfts entfallenden Steigerungsbeträge gegenseitig berücksichtigt werden. Diejenigen Versicherten, die beispielsweise
zuerst bei der Saarknappschäfts und zuletzt bei der Ruhr-
knappschäfts versichert waren, hatten den Vorteil, weil die
Ruhrknappschäfts bei Errechnung ihrer Steigerungsbeträge
nicht mit 0,5 Prozent, sondern sofort mit 1 Prozent oder
sogar 1,85 Prozent begann, je nachdem, wie hoch das vor-
ausgehende Saardienstalter war; vergl. SS 38/60 des
Reichsknappschäftsgegeses, wo bestimmt ist, daß für die
ersten 60 Beitragsmonate je 0,5 Prozent, für die folgenden
60 Beitragsmonate je 1 Prozent, für die folgenden 180 Bei-
tragsmonate je 1,85 Prozent und für alle weiteren Bei-
tragsmonate je 0,5 Prozent des Endbetrages der maßgebenden
Lohn- oder Gehaltstasse als Steigerungsbetrag ge-
währt wird. Dazu wurde, sofern eine Wartezeit von 36 Mo-
naten und mehr nachgewiesen war, der volle Grundbetrag
gezahlt, und wenn berechtigte Kinder vorhanden waren und
die letzte Versicherung bei der Ruhrknappschäfts bestanden
hatte, auch das volle Kindergeld. Hierauf war es zurü-
zuführen, daß in vielen Fällen von der Ruhrknappschäfts für
ein verhältnismäßig geringes Dienstalter hohe Leistungen
gezahlt wurden. In diesen Fällen ist durchweg eine Er-
mäßigung der reichsknappschäftslichen Bezüge eingetreten, in
den umgekehrten Fällen dagegen, d. h. wenn der Versicherte
zuerst bei der Ruhrknappschäfts und dann bei der Saar-

Knappshaft versichert war, hat sich durchweg der reichsknappshaftliche Pensionsanteil erhöht.

Wir möchten jedoch nicht unerwähnt lassen, daß Reichsknappshaft und Saarknappshaft bei Anwendung lediglich der gezielten Bestimmungen auch vor dem 1. 7. 1932 jeweils für sich ohne Rücksicht auf das Dienstalter der anderen Knappshaft die Leistungen festzusetzen hatten. Zur Begründung wird nochmals auf Art. 50 des Einführungsgesetzes zum Reichsknappshaftsgesetz verwiesen; der Reichsarbeitsminister hat Bestimmungen über die Anwendung des Reichsknappshaftsgesetzes auf die Knappshaftvereine des Saargebiets, zu deren Erlaß er durch die genannte Vorschrift bevollmächtigt ist, bislang nicht getroffen. Es bestehen also keine auf Gesetz oder Verordnung beruhende Vorschriften, nach welchen Reichsknappshaft und Saarknappshaft die Dienstzeiten für die Bemessung ihrer Leistungen gegenseitig zu berücksichtigen hätten. Daraus folgt, daß jede Knappshaft die Leistungen so festzusetzen hatte, als wäre das Dienstalter der anderen Knappshaft nicht vorhanden. Entsprechend den Bestimmungen des Reichsknappshaftsgesetzes hätte deshalb die Ruhrknappshaft in jedem Falle die Steigerungsbeträge in der in den §§ 38/60 RKG. vorgeschriebenen prozentualen Reihenfolge zu gewähren gehabt. Wenn schon früher die Vereinbarungen zwischen Reichsknappshaft und Saarknappshaft, die jetzt durch die neue Vereinbarung abgelöst sind, nicht bestanden hätte, dann wären bei der Umrechnung ab 1. 7. 1932 wohl kaum Erhöhungen eingetreten, weil vorher die Leistungen geringer gewesen wären.

Wie schon gesagt, haben sich bei der Ruhrknappshaft infolge der seit den letzten Monaten des Jahres 1932 vorgenommenen Umrechnungen, die mit Rückwirkung ab 1. 7. 1932 vorgenommen wurden, in vielen Fällen Überzahlungen ergeben. Zweifellos wird es vielen Pensionsempfängern nicht leicht, diese Beträge, wenn auch in kleinen Raten, zurückzuzahlen. Die Verwaltung der Ruhrknappshaft hat deshalb angeordnet, in den Fällen, in denen die Saarknappshaft auch ihrerseits die Umrechnung getötigt hat, eine entsprechende Verrechnung vorzunehmen. Hat beispielsweise ein Pensionär in der Zeit vom 1. 7. 32 bis 30. 11. 1932 einen Betrag von 70 RM. an reichsknappshaftlicher Pension überhoben, so wird hierauf die etwa nachzuzahlende Pension der Saarknappshaft für den gleichen Zeitraum angerechnet. Ist die Nachzahlung der Saarknappshaft für den gleichen Zeitraum niedriger, so wird von der Wiedereinziehung des noch verbleibenden Restbetrages der Überzahlung der Ruhrknappshaft vorbehaltlich der Genehmigung durch den Vorstand abgesehen.

Es soll und muß zugegeben werden, daß die Summe von reichsknappshaftlicher und Saarpension bei manchen Pensionären nicht die Säze erreicht, die ihnen zu zahlen wären, wenn für das Gesamtdienstalter die Leistungen nach dem Reichsknappshaftsgesetz gewährt würden. Um hierfür einen gewissen Ausgleich zu schaffen, werden schon seit langem für die Saarrentner gewisse Reichsbeihilfen gezahlt. Seit sind sie durch die am 6. 12. 1928 ergangene Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers geregelt, wonach den im Reichsgebiet wohnenden Saarpensionären eine Reichsbeihilfe zu gewähren ist. Diese Reichsbeihilfen werden auf Antrag von der für den Wohnsitz des Leistungsempfängers zuständigen Landesversicherungsanstalt gezahlt. Die Beihilfe beträgt:

Bei Pensionären . . .	14,00 RM.	beim gleichzeitigen Bezug der Invalidenrente . . .	7,00 RM.
Bei Witwen . . .	8,00 RM.	beim gleichzeitigen Bezug der Witwenrente . . .	4,00 RM.
Bei Waisen je . . .	6,00 RM.	beim gleichzeitigen Bezug der Waisenrente je . . .	3,00 RM.

Zählt man diese Beträge gerechterweise zu den tatsächlich zur Auszahlung kommenden beiderseitigen knappshaftlichen Bezügen hinzu, so ergibt sich ein Gesamtbetrag, der allgemein höher ist als die Pension eines nur bei der Ruhrknappshaft versichert gewesenen Bergmanns bei gleich hohem Dienstalter sein würde.

Bisher wurde das Kindergeld zur Invalidenpension von dem feststehenden Versicherungsträger nach den für ihn gültigen Bestimmungen allein gewährt. Nach den jetzt gültigen Vereinbarungen wird auch das Kindergeld zur Invaliden-

pension von jeder Knappshaft entsprechend dem Verhältnis ihrer Dienstzeit zur Gesamtdienstzeit gezahlt. Das hat zur Folge, daß in den Fällen, in denen bisher die Ruhrknappshaft das Kindergeld allein zu zahlen hatte, ab 1. 7. 1932 allgemein eine Erhöhung eingetreten ist. Zwar hat die Saarknappshaft auch ihrerseits Kindergeld zu gewähren, doch wird der Aussall bei der Ruhrknappshaft dadurch nicht ganz wettgemacht, weil das Kindergeld der Saarknappshaft im Verhältnis zu dem der Reichsknappshaft sehr gering ist.

Die Bestattungsbeihilfe trägt — wie bisher — die feststehende Knappshaft allein, also die, bei der die letzte Versicherung bestanden hat.

Als Teil der Saarpension wird nun noch ein Betrag gezahlt, der in Wirklichkeit aus Mitteln der Reichsknappshaft gewährt wird. Es ist die Zulage nach § 33 der Heidelberg Abrede, die allen, d. h. sowohl den im Saargebiet wie auch den im übrigen Reichsgebiet wohnenden Saarpensionären gezahlt wird und sich monatlich wie folgt bemisst:

	Arb.-Pens.-Kasse	Ang.-Pens.-Kasse
Invaliden	7,00 RM.	20,00 RM.
Witwen	3,50 RM.	10,00 RM.
Waisen	2,00 RM.	4,00 RM.

Diese Ausführungen dürften beweisen, daß das Reich und die Reichsknappshaft, obwohl ihnen jetzt aus dem Saargebiet keinerlei Beträge zufließen, die Saarrentner nicht nur gerecht, sondern darüber hinaus mit besonderem Wohlwollen behandeln. Auch für die übrigen Rentenversicherungen, die Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung, deren Sonderbestimmungen für Saarrentner hier nicht zur Behandlung stehen, könnte Ähnliches bewiesen werden. Wenn also im § 24 des Saarstatuts festgelegt ist, daß Deutschland und die Regierung des Saargebietes die Rechte der Einwohner des Saargebietes in Versicherungs- und Rentenangelegenheiten zu erhalten und zu schützen haben, darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß Deutschland dieser Pflicht nachgekommen ist und weiter nachkommt.

Wir bringen diesen Artikel zur Aufklärung der Mitglieder, die als Bergleute daran interessiert sind. Leider können wir uns auf Einzelfälle nicht einlassen. Die im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet vereinigten Saarvereine haben eine Beratungsstelle am Sitz der Ruhrknappshaft in Bochum eingerichtet. Der Leiter ist Herr Christ, Bochum, Rottstraße 26 II. Herr Christ ist bereit, gegen Erstattung der Fahrkosten mündliche Auskunft und gegen Einsendung des Rückportos schriftliche Auskunft zu geben. Wir glauben, daß wir so die Interessen der Saarpensionäre unter unseren Mitgliedern auf das beste gewahrt haben.

Die Regierung des Saargebietes im Jahre 1932

(Schluß von Nr. 5.)

Allgemeine und innere Verwaltung.

Die fortschreitende Wirtschaftsdepression und die damit verbundene Verminderung der öffentlichen Einkünfte veranlaßte die Regierung zu empfindlichen Kürzungen der Bezüge ihrer Beamten und Angestellten. Zu dem durch Verordnung vom 1. Juli 1931 verfügten Abzug von 6%, der außerdem mit einer Kürzung des Erholungsurlaubes verbunden war, traten gemäß Verordnung vom 18. Januar 1932 weitere Kürzungen, die je nach der Einkommenshöhe von 5,75 bis 7,5% gestaffelt sind. Hinzu kommen noch besondere Abzüge für einzelne Beamtengruppen, Kürzung des Dienstalters, Streichung von Kindergulagen und Herabsetzung der Pensionshöchstgrenze von 80% auf 75%. Die Kürzungsvorschriften gelten zugleich auch für die Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die Abzüge erreichen zwar nicht den Umfang der sonst im Reich erfolgten Kürzungen. Demgegenüber haben sich aber auch

die Lebenshaltungskosten im Saargebiet nur wenig verringert, während sie im übrigen Deutschland merklich zurückgegangen sind.

Zur Vermeidung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Zusammenstöße und sonstige Ausschreitungen verschiedener politischer Parteien erließ die Regierungskommission eine Anzahl Notverordnungen. Bereits durch Verordnung vom 12. August 1931 war das unbesetzte Führen von Schuß-, Hieb-, Stoß- und Stichwaffen unter Strafe gestellt worden, wobei das gemeinsame Erscheinen mit Waffen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten mit verstärkter Strafe bedroht worden war. Eine Verordnung vom 14. Dezember 1931 verpflichtete die Besitzer von Schußwaffen, diese bei der Ortspolizeibehörde zur Anmeldung zu bringen. Eine weitere Notverordnung untersagte Geländeübungen und Vorbereitungen hierzu, sowie alle Märsche in geschlossener Ordnung in der Zeit von 17 bis 7 Uhr, und eine Notverordnung vom 14. Januar 1932 verbot Herstellung, Aufbewahrung und Mitführung von Sprengkörpern, bei denen durch Entzündung Pulver zur Explosion gebracht wird.

Auswüchse bei Vereinsfestlichkeiten, insbesondere Belästigungen von Straßenanwohnern durch nächtlichen Lärm, veranlaßten die Regierungskommission zum Erlass einer Notverordnung, durch welche die Vorschriften über die Polizeistunde auf Zusammenkünfte von Vereinen und geschlossenen Gesellschaften ausgedehnt werden, sofern solche in Gast- oder Schankwirtschaften stattfinden. Die Bestimmungen können durch besondere Anordnung auch auf Räume ausgedehnt werden, welche den Vereinen selbst gehören, wenn dort Getränke verabfolgt werden.

Diese vorerst als Notverordnung erlassenen Vorschriften wurden späterhin durch endgültige Gesetzesverordnungen ersetzt.

Am 8. August 1932 erging eine Regierungs-Polizeiverordnung über den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage, durch welche die früheren veralteten Polizeivorschriften aufgehoben wurden.

Zu Anfang November wurden in Saarbrücken Flugblätter verteilt, die einen Wahlaufruf für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei enthielten. Nach Angaben der Regierung wurde darin die Bevölkerung gegen die Polizeiorgane aufgeweckt. Auch entsprachen sie nicht den im Pressegesetz vorgeschriebenen Förmlichkeiten. Zur Ermittlung des Verfassers wurden die Geschäftsräume der Partei einer Durchsuchung unterzogen. Das hierbei gefundene Material nahm die Regierung zum Anlaß, durch Verfügung vom 8. November 1932 alle militärischen Organisationen der Nationalsozialistischen Partei insbesondere die Sturmabteilungen (SA) und Schutzstaffeln (SS) mit allen dazu gehörenden Stäben und sonstigen Einrichtungen aufzulösen und die Einziehung der Militärwaffen ihrer Mitglieder zu verfügen.

Des öfteren wurde von Eisenbahnarbeitern über den in den Eisenbahnbetrieben ausgeübten heiderischen Terror kommunistischer Elemente Beschwerde geführt. Wiederholte Verwarnungen der Eisenbahndirektion blieben erfolglos. Mitte Dezember entließ sie daher etwa 50 Eisenbahnarbeiter, Mitglieder der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, mit der Begründung, daß ihre wühlerische Propagandatätigkeit die Sicherheit der Betriebe gefährde. In der darauffolgenden Landesratsitzung nahmen kommunistische Abgeordnete diese Ereignisse zum Anlaß, Lärmzonen zu veranstellen, die eine ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung unmöglich machten und schließlich zu ihrer Aufhebung führten.

Übersteigerte Ausgaben einer Anzahl von Gemeinden in den früheren Jahren, die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und die dadurch verursachte Überlastung der Gemeinden auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege insbesondere der Erwerbslosenfürsorge gefährdeten die kommunale Haushaltstführung. Im Rechnungsjahr 1930/31 hatten die Gemeinden noch zum Teil mit Überschüssen und nur in ganz wenigen Ausnahmefällen mit einem Fehlbetrag abgeschlossen. Allerdings wurden auch damals schon zum Haushaltsausgleich ungewöhnlich hohe Umlagen benötigt. In 26 von 290 Gemeinden betrug sie 250 %. — Demgegenüber weist der vorläufige Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1931/32 bei 135 Gemeinden einen Fehlbetrag auf. In 51 Gemeinden mußte der Umlagensatz auf 300 % festgesetzt werden. Dabei hätte die Finanzlage von 46 Gemeinden an sich eine noch höhere Umlage erfordert.

Die Regierungskommission hat daher ungeachtet der Proteste der Presse und der kommunalen Vertretungen einschneidende Maßnahmen für erforderlich erachtet, welche das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden in weitem Maße beschränken. Mit dem preußischen Gesetz vom 29. Mai 1931 inhaltlich überein-

stimmend erging eine Notverordnung vom 23. März 1932, durch die der Regierungskommission ein Mitbestimmungsrecht bei der Aufnahme von Anleihen und bei der Eingehung von Bürgschaftsverpflichtungen eingeräumt wurde; insbesondere wurde angeordnet, daß künftig auch die Aufnahme kurzfristiger Anleihen und die Übernahme von Bürgschaften und sonstigen Verpflichtungen der Genehmigung der Regierung bedürfe. Durch eine weitere Notverordnung vom gleichen Tage wurde das kommunale Haushaltswesen gesetzlich festgelegt, wobei die Kommunen ausdrücklich zu sparsamer Haushaltstführung angehalten und der Regierung die Befugnis zuerkannt wurde, einzelne Ausgaben zu kürzen oder zu streichen. Ferner wurden die Bestimmungen über die Genehmigung der kommunalen Umlagen verschärft. In derselben Verordnung wurde auch die Zwangsvollstreckung gegen Gemeinden und Gemeindeverbände dahin geändert, daß der Verwaltungsausschuß nunmehr in allen Fällen als erste und letzte Instanz entscheidet.

Am 13. November 1932 fanden Neuwahlen zu den Gemeinde- und Kreisvertretungen statt, die eindeutig die einheitlich deutsche Gesinnung der Saarbevölkerung beweisen. Zum ersten Mal seit 1924 wagte der Saarbund wieder, mit eigenen Listen hervorzutreten. Wiewohl die im Saargebiet weilenden Franzosen stimmberechtigt waren, erhielt er von den 337 850 abgegebenen Stimmen nur 1341. Lediglich in 7 Gemeinden erhielt er je einen Sitz im Gemeinderat. Beteigerter Wahlbeteiligung — sie betrug etwa 60 % — wäre das Ergebnis für die Saarbündler noch läufiger gewesen.

Im einzelnen verteilen sich die Stimmen wie folgt:

Zentrum	137 674
Kommunisten	76 108
SPD.	38 962
NSDAP.	30 006
Deutsch-Saarländ. Volkspartei	21 237
Bürgerliche Mitte	13 755
Deutschnationale Volkspartei	6 361
Sonstige Parteien	26 857

Für den Saarbrücker Stadtrat hatte die Wahl folgendes Ergebnis:

	S i t z e	
	1932	1929
Zentrum	17	18
Kommunisten	12	8
SPD.	8	12
NSDAP.	8	1
Deutsch-Saarländ. Volkspartei	6	11
Bürgerliche Mitte	6	7
Deutschnationale Volkspartei	2	3
Kommunist. Opposition	1	—
	60	60

Die ungünstige Lage des Wohnungsmarktes hat eine völlige Beseitigung der Wohnungswangswirtschaft bisher nicht gestattet. Sie ist in 268 Gemeinden mit etwa 473 055 Einwohnern aufgehoben und besteht noch in 17 Gemeinden (darunter auch Saarbrücken) mit etwa 296 975 Einwohnern. (Einwohnerzahlen nach der letzten Volkszählung vom 19. Juli 1927.)

Die öffentlichen Sparkassen beschlossen gegen Ende des Jahres die Durchführung einer allgemeinen Zinsenkung. Die Hypothekenzinsen betragen für Sparkassenschuldner nunmehr 6 %.

Gemäß Verordnung vom 2. November 1932 ist die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Baumeister“ in gleicher Weise geregelt wie im übrigen Reichsgebiet.

Finanzen.

In ihrer Sitzung vom 13. Januar 1932 hat die Regierungskommission den Istaushalt für das Rechnungsjahr 1929 angenommen. Er weist auf

an Einnahmen	564 051 516,03 Frs.
an Ausgaben	489 207 096,89 "

daher ein Überschüß von 74 844 419,14 Frs.

In den Einnahmen sind 49 494 000,— Frs. Überschüsse früherer Jahre und 2 900 000,— Frs. Rückzahlungen auf außerordentliche Kredite früherer Jahre enthalten, so daß der Nettoüberschüß des Rechnungsjahres rund 22 500 000,— Frs. beträgt.

Im März 1932 hat die Regierungskommission den allgemeinen Haushalt für das Rechnungsjahr 1932 festgesetzt. Danach sollen betragen

die Einnahmen	491 442 298,— Frs.*
die Ausgaben	539 563 537,— "

Fehlbetrag 48 121 239,— Frs.

Zur Deckung dieses Fehlbetrages, der hauptsächlich auf die ungewöhnliche Zunahme der Erwerbslosenlasten und die Zuschüsse für die Eisenbahnverwaltung zurückzuführen ist, sollten die Überschüsse früherer Rechnungsjahre herangezogen werden. Diese beliefen sich am 10. März 1932 auf insgesamt 148 500 000,— Frs., nachdem für die Fehlbeträge der beiden Vorjahre bereits annähernd 86 Millionen daraus entnommen worden waren. Jedoch sind über 70 Millionen der Rücklagen für allgemein nützige Zwecke festgelegt, so daß kaum mehr 30 Millionen frei verfügbar bleiben. Bereits bei Annahme des Haushaltplanes hatte die Regierung Bedenken geäußert, ob der Vorschlag angesichts der fortwährenden Wirtschaftsdepression ausreiche. Er erwies sich in der Folgezeit als unhaltbar. Als bald ergab sich, daß mit einem Mindereingang von etwa 40 Millionen Steuern zu rechnen ist und für die Erwerbslosenfürsorge ein Nachtragskredit von etwa 20 Millionen erforderlich sein wird, so daß insgesamt ein Mehrbedarf von 60 Millionen besteht. Eine Deckung des Fehlbetrages war nach Ansicht der Regierung nur im Wege von Steuererhöhungen möglich. Die bereits früher ins Auge gefaßte Auslegung einer internationalen Saar anleihe, die der Völkerbundsrat im September 1931 genehmigt hatte, erwies sich als undurchführbar, da sie nach Angabe der Regierung nirgends unterzubringen war. Durch Verordnung vom 5. Juli 1932 erfolgte trotz des einstimmigen Widerspruchs des Landesrats eine Erhöhung der indirekten Steuern insbesondere für Branntwein, Wein, Bier, Tabak, Kolonialwaren und dergl., von der die Regierung eine Mehreinnahme an Verbrauchsabgaben in Höhe von 14,8 Millionen Franken für das laufende Rechnungsjahr und 19,7 Millionen Franken für ein volles Jahr erwartet. Im August erfolgten weitere Erhöhungen der direkten und indirekten Steuern, die ebenfalls vom Landesrat abgelehnt und von den betroffenen Wirtschaftskreisen als untragbar bezeichnet wurden. Sie brachten Erhöhungen der Umsatzsteuer (von 1,6 auf 2%), Einkommensteuer, Vermögens- und Erbschaftssteuer, Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe einschließlich der Notare u. a. m. Sie sollen Mehreinnahmen von insgesamt 53,6 Millionen Franken erbringen. Die Regierung hofft, auf diese Weise den Etat bis auf einen kleinen Fehlbetrag von etwa 6 Millionen Franken auszubalancieren zu können.

Bemerkenswert im Finanzwesen des Saargebiets ist die besondere Bedeutung der Zolleinnahmen für den Staatshaushalt. Sie sind einer der ertraglichsten Aktivposten. Im Rechnungsjahr 1931 betrugen sie, wie bereits oben erwähnt, mehr als 200 Millionen Franken. Die Regierung nimmt diesen Umstand zum Anlaß, bei den Einnahmenvoranschlägen mit besonderer Vorsicht zu Werke zu gehen, da der Umfang dieser Einkünfte bei den Schwankungen des internationalen Handels schwer vorauszubestimmen sei.

Alle Wirtschaftskreise des Saargebiets verlangen eindringlich, daß die Saarregierung auf die Beseitigung des unerträglichen Kapitalmangels Bedacht nehme. Man glaubt, daß es ihr bei ernsten Bemühungen doch noch gelingen müsse, die geplante Anleiheaufnahme durchzuführen.

Justiz.

Die Regierung des Saargebietes nimmt zwar darauf Bedacht, in weitem Maße die Rechtsangleichung an die Reichsgesetzgebung beizubehalten. Jedoch pflegt sie vor der jeweiligen Übernahme eines Gesetzes dessen Bewährung abzuwarten. Dadurch vermeidet sie zwar die Einführung unzweckmäßiger Vorschriften, jedoch erwachsen demgegenüber durch die Verzögerung bisweilen auch empfindliche Nachteile. So sind der Landeskasse durch Nichtzahlung der Gerichtsgebühren namhafte Ausfälle entstanden, bis sich die Regierung entschloß, der Reichsgesetzgebung folgend durch Verordnung vom 16. September 1931 zu bestimmen, daß die Gerichte erst auf eine angemessene Kosten- vorschusleistung hin tätig werden. Diese Bestimmung hat sich im Saargebiet in gleicher Weise wie auch im übrigen Reichsgebiet bewährt.

Ebenso wurde in Übereinstimmung mit der Reichsgesetzgebung die Bewilligung des Armenrechts eingeschränkt. Während bis dahin die nichtzahlungsfähige Partei schon dann Anspruch auf Bewilligung des Armenrechts hatte, wenn die Rechtsverfolgung nicht aussichtslos oder mutwillig erschien, besteht dieser An-

spruch jetzt nur, wenn sie Aussicht auf Erfolg bietet und nicht mutwillig ist; dabei gilt sie insbesondere dann als mutwillig, wenn eine nicht im Armenrecht prozessierende Partei bei verständiger Würdigung aller Umstände des Falles von einer Prozeßführung absehen würde.

Weiterhin wurde die Zuständigkeit der im Saargebiet angesetzten Notare auf das ganze Saargebiet ausgedehnt.

Die nach der saarländischen Aufwertungsverordnung vorgesehene Fälligkeit der Aufwertungshypothesen zum 1. Januar 1933 konnte mit Rücksicht auf die Veränderung der Wirtschaftslage nicht aufrechterhalten werden. Denn die Liquidation der insgesamt etwa 90 Millionen Franken betragenden Aufwertungsforderungen würde das ganze Wirtschaftsleben aufschwerste erschüttern. Es wurden daher ähnliche Stundungsvorschriften erlassen, wie sie bereits im übrigen Reichsgebiet eingangen sind.

Durch Verordnung vom 8. 10. 1932 hat nun auch die Aufwertung der Hypothekenbankabriebe ihre Erledigung gefunden. Sie werden mit 30% aufgewertet, indem den Gläubigern sechszehnprozentige Goldschuldverschreibungen der schuldenreichen Hypothekenbank in Höhe des Aufwertungsbetrages auszuhändigen sind.

Infolge der Durchführung der Aufwertung und der damit verbundenen mannigfachen Grundbucheintragungen sind die Grundbücher nicht nur unübersichtlich geworden, sondern geben auch häufig keine richtige Auskunft mehr über den Stand und die Rangfolge der Belastungen. Dies hat die Regierungskommission veranlaßt, die Übernahme der im übrigen Reichsgebiet erlassenen Vorschriften über die Vereinigung der Grundbücher ins Auge zu fassen. Der Verordnungsentwurf liegt bereits dem Landesrat zur Begutachtung vor.

Der § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes hat durch Verordnung vom 31. August 1932 einen weiteren Absatz erhalten, demzufolge der Auswahl der Schöffen außer den von den Gemeindevorstehern nach Absatz 1 aufgestellten Listen ein anderweit aufgestelltes amtliches Verzeichnis zugrundegelegt werden kann.

Schulwesen.

Es werden immer noch Klagen über die ständigen Verdrüdungen der Bergleute laut, durch die sie gezwungen werden sollen, ihre Kinder den französischen Schulen zuzuführen. Bei der aufrechten Gesinnung der Bergarbeiter ist der Erfolg jedoch gering. Von insgesamt 110 000 saarländischen Schulkindern besuchen kaum 3200 die französischen Schulen.

Die finanziellen Schwierigkeiten erforderten eine Kürzung der Zuschüsse, welche die Regierung für Studienreisen von Lehrpersonen zu bewilligen pflegt. Während der Sommerferien hat sie durch Stipendien von 51 300 Frs. sechszehnzig Lehrern die Teilnahme von Kursen in Genf und fünf Lehrpersonen andere Studienreisen ermöglicht.

Wirtschaft.

Die Entwicklung der letzten Jahre ließ erkennen, daß die Linie des Konjunkturabstieges in Frankreich in einem Zeitabstand von etwa einem Jahre dem deutschen Wirtschaftsniedergang folgte und die Konjunkturentwicklung des Saargebietes etwa die Mittellage zwischen den beiden Ländern hielt. Während Frankreich durch seine wirtschaftlichen Abwehrmaßnahmen den Konjunkturabstieg innerhalb seiner Landesgrenzen weiterhin zu verlangsamen vermochte, hat die Krise das Saargebiet mit ihrer ganzen Schwere betroffen. Die Eigenart des saarländischen Wirtschaftssystems verhindert ein Schritthalten mit der französischen Wirtschaftsgestaltung, setzt es sogar der Gefahr aus, daß sein Niveau noch unter das des Reiches hinab sinkt, indem es seiner natürlichen und historischen Bindungen nach zum Wirtschaftsgebiet des Reiches gehört von diesem aber durch die Zollgrenzen und die damit verknüpfte Verkehrserschwerung getrennt ist. Das Saargebiet ist lebensnotwendig auf den Absatz nach dem Reichsgebiet angewiesen, für den es im französischen Wirtschaftsgebiet keinen vollwertigen Ersatz findet. Dieser Absatz nach dem Reich gestaltet sich aber wie überhaupt der Export außerhalb Frankreichs stets schwieriger, da die Saarwirtschaft ihr Preisniveau nicht dem des Reiches und der anderen Länder anzugleichen vermag. Die Ursache hierfür liegt einmal in dem verteuerten Rohstoffeinkauf. Soweit dieser in Frankreich erfolgt, verteuern ihn die dort über dem Weltmarkt

liegenden Preisverhältnisse. Der Einkauf in Deutschland und in anderen Ländern ist erschwert durch die französischen Zollmaßnahmen, insbesondere durch die neuerdings erfolgte weitgehende Kontingentierung der Einfuhr und die empfindliche Erhöhung der Einfuhrumsatzsteuer. Sodann ist die Einfuhr ins Reich beeinträchtigt durch die auf Grund Reichsnotverordnung vom 15. Februar 1932 in Kraft getretene Ausgleichssteuer (Einfuhrumsatzsteuer), welche auch gegenüber dem Saargebiet zur Anwendung kommt. In der Konkurrenz mit französischen Unternehmen kommt diesen — abgesehen von den geringen sozialen Lasten und sonstigen Abgaben — die Geldflüssigkeit in Frankreich zugute, wogegen die Saarwirtschaft unter der gleichen Geldknappheit und Kreditverzweiterung zu leiden hat wie die übrigen Teile des Deutschen Reichs.

Die staatlichen Zwangseingriffe in den internationalen Zahlungsverkehr, in erster Linie die zahlreichen Devisenregulierungen veranlaßten die französische Regierung zum Abschluß zwischenstaatlicher Verträge, welche zum Ziel haben, die zwischen den Angehörigen des französischen Staates und den zu seinem Wirtschaftsgebiet gehörenden Bewohnern des Saargebietes einerseits und den Angehörigen der Vertragsstaaten andererseits entstehenden Forderungen aufzurechnen, so daß ein großer Teil von diesen ohne tatsächliche Übertragung in die fremde Währung zum Ausgleich kommt. Die Verrechnung erfolgt durch ein in Paris eingerichtetes Ausgleichsamt (Office de Compensation). Bisher wurden solche Clearing-Abkommen mit Österreich, Ungarn, Estland, Lettland, Griechenland und Chile geschlossen.

Langgehegten Wünschen des gewerblichen Mittelstandes folgend erließ die Regierung am 23. November 1932 eine Verordnung betr. Zugabewesen, unlauteren Wettbewerb und Einheitspreisgeschäfte. Sie stimmt im wesentlichen mit der deutschen Notverordnung vom 9. März 1932 überein. Im 1. Teil, der Ausgangs Februar 1933 in Kraft tritt, wird ein grundsätzliches Zugabeverbot aufgestellt, das aber von zahlreichen Ausnahmen durchbrochen ist. Der 2. Teil bringt eine Neuregelung des Ausverkaufswesens, schränkt insbesondere die Zulässigkeit der Bezeichnung „Ausverkauf“ auf wenige genau bestimmte Einzelfälle ein. (Aufgabe des gesamten Geschäftsbetriebes, einer Niederlassung oder des Verkaufs einzelner Warenklassen). Ferner wird die Einrichtung von Einigungsämtern für bürgerlich-rechtliche Wettbewerbsstreitigkeiten vorgesehen. Diese sind mit einem Vorsitzenden, der die Besichtigung zum Richteramt hat, und mit zwei sachverständigen Gewerbetreibenden als Beisitzern zu besetzen. Der 3. Teil verbietet Neu-einrichtung von Einheitspreisgeschäften bis zum 1. April 1934. Da bei Erlass der Verordnung keine Verkaufsstelle von solchen Geschäften im Saargebiet bestanden haben, können hier also solche nicht errichtet werden.

In den Wirtschaftskreisen des Saargebietes und des Reichs hat die durch Verordnung vom 9. August 1932 erfolgte Abänderung des § 6 der Eisenbahnverordnung, welche die Gleichheit und Offenheit der Eisenbahntarife beseitigt, große Erregung hervorgerufen. Man weist darauf hin, daß diese Anordnung, die offenbar als Kampfmittel im Wettbewerb mit dem Kraftwagen angewandt werden solle, mit den altbewährten herkömmlichen Verkehrsgrundzügen unvereinbar sei und in Europa einzig dastehne. Weiterhin hat die Regierung zur Wahrung der Rentabilität der Eisenbahnen den Erlass einer Verordnung vorgesehen, derzufolge der gesamte gewerbliche Personen- und Güterkraftwagenverkehr im Saargebiet mit Ausnahme des Werkverkehrs konzessionspflichtig gemacht werden soll, sofern er über die Grenzen des Gemeindebezirks erfolgt. Sie findet bei den betroffenen Transportunternehmen entschiedenen Widerspruch. Die endgültige Fassung steht noch nicht fest. Die Regierung hat zugesagt, in einer Neufassung den Wünschen und Erfordernissen der Wirtschaft Rechnung tragen zu wollen. — Der Konkurrenzkampf zwischen Schiene und Kraftwagen hat nicht nur zu einem offenen Zwist der Eisenbahndirektion mit den Unternehmern geführt, es tritt auch eine persönliche Anteilnahme der Eisenbahnbediensteten in Erscheinung, die eine Gefährdung ihrer Berufssinteressen durch den steigenden Kraftwagenverkehr befürchten.

Die Bedeutung, die das Bausparkassenwesen im Saargebiet gewonnen hat, und die dabei zutage getretene Gefährdung des Publikums durch unzuverlässige Unternehmen veranlaßten die Regierungskommission, eine Verordnung zu erlassen, welche in enger Anlehnung an das entsprechende deutsche Reichsgesetz den Geschäftsbetrieb der Bausparkassen genehmigungspflichtig macht und sie dem Aufsichtsamt für Privatversicherungen

unterstellt. Gemäß einer zu Ende des Jahres ergangenen Bekanntmachung der Regierung ist beabsichtigt, auch die sog. Zwebsparkassen den gleichen Vorschriften zu unterwerfen.

Die dem rheinisch-trierischen Genossenschaftsverband Raiffeisen in Koblenz angeschlossenen 160 Genossenschaften des Saargebietes beschlossen auf einer Tagung in Saarbrücken zu Ende des Jahres 1931, eine eigene selbständige Zentralbank für das Saargebiet zu gründen. Die Bank ist zu Anfang 1932 durch Übernahme der Geschäfte der bisherigen Saarbrücker Filiale der Genossenschaftlichen Zentralbank e. G. m. b. H. in Koblenz unter der Firmenbezeichnung „Genossenschaftliche Zentralbank A.-G.“ in Tätigkeit getreten.

Arbeit und Fürsorge.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich seit dem Jahre 1928 und insonderheit während des Berichtsjahres erheblich verschlechtert. Während zuvor die Anzahl der in der Saarwirtschaft Beschäftigten etwa 200 000 betrug, waren es zu Anfang des Monats Dezember 1932 nur noch etwa 136 600, also kaum mehr $\frac{1}{2}$ der früheren Belegschaften. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen stieg von rund 2000 im Jahre 1925, 9000 zu Ende 1930 und 35 000 ausgangs 1931 bis Ende September 1932 auf 40 378 (davon 9316 Wohlfahrts-erwerbslose und 6840 Nichtunterstützte) und Anfang Dezember auf 42 000. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die zahlreichen entlassenen „Saargänger“, das sind die in den Grenzgebieten ansässigen und im Saargebiet tätigen Arbeiter, in den angegebenen Ziffern nicht enthalten sind. Die noch in Arbeit stehenden Leute sind auch nicht mehr voll beschäftigt. Ihre Arbeitszeit ist durch Feierstunden und durch Einführung des Krümpersystems erheblich abgekürzt. Der bedeutendste Arbeitgeber, die französische Bergverwaltung beschäftigte bis zum Jahre 1926 etwa 74 000 Arbeiter, im Jahre 1929 waren es noch 60 000, im Herbst 1932 nur mehr 43 500. Auch diese sind nicht mehr voll beschäftigt. Während in normalen Zeiten an 150 Tagen im Halbjahr gearbeitet wird, betrug die Anzahl der Schichten im 1. Halbjahr 1931 durchschnittlich 130 pro Mann, im ersten Halbjahr 1932 dagegen nur noch 108. Die Anzahl der Arbeitstage hat sich also bei den Gruben durchweg um nahezu $\frac{1}{2}$ verringert. Da überdies die Schichtlöhne beträchtlich gekürzt worden sind, so ist die Not auch bei den Beschäftigten unerträglich groß. Nach Angaben der Gewerkschaften ist das Einkommen der Saarbergleute seit 1930 um 50% zurückgegangen. Es ist daher verständlich, wenn die zum 1. Oktober 1932 erfolgte Kündigung des Lohntariffs der Grubenverwaltung und ihr Anrufen an die Belegschaft, in eine Herabsetzung der Schichtlöhne bis teilweise 15% einzuwilligen, in Bergarbeiterkreisen größte Beunruhigung hervorrief und die Gefahr eines Streikes heraubeschwor. Die Gewerkschaftsführer wurden daraufhin bei dem französischen Minister für öffentliche Arbeiten, Daladier, in Paris vorstellig und erhielten nach langen Verhandlungen die Zusicherung, daß die bisherigen Löhne einstweilen weitergezahlt werden sollen und eine endgültige Entscheidung erst nach eingehender Prüfung der gesamten Lage erfolgen werde. Es wurde ihnen ferner zugesagt, daß in Zukunft keine Arbeiterentlassungen größeren Umfangs mehr stattfinden sollten. Zu Anfang November gab die Generaldirektion der Gruben bekannt, der Minister habe sich dahin entschieden, daß die derzeitigen Löhne trotz der Betriebsverluste weitergezahlt werden sollten.

Um die Steigerung der Arbeitslosigkeit durch Einstellung von auswärtigen Arbeitskräften, insbesondere von Arbeitern aus dem übrigen Reichsgebiet, zu verhindern, erließ die Regierungskommission im Januar 1932 eine Verordnung, welche die Fortsetzung und Aufnahme eines Dienstverhältnisses durch auswärtige Arbeitnehmer von der Genehmigung der Regierung abhängig mache. Sie wird durch Ausstellung einer Legitimationskarte für die Dauer von 2 Jahren erteilt. Sie ist widerruflich und ist zu versagen, wenn für den Gesuchsteller Erhalt aus den Reihen der saarländischen Arbeitslosen gestellt werden kann.

Die Betreuung der Erwerbslosen erfolgt nicht wie im Reich auf Grund einer Arbeitslosenversicherung, sondern ähnlich wie in der Freien Stadt Danzig im Wege einer Erwerbslosenfürsorge. Die Gewährung der Unterstützung ist also abhängig von dem Nachweis der Bedürftigkeit. Diese jetzt geltende Regelung beruht auf einer Verordnung, die sich inhaltlich eng an das entsprechende deutsche Reichsgesetz von 1924 anschließt und im Jahre 1930 veröffentlicht worden ist. Die Unterstützung wird grundsätzlich nur an solche Personen gezahlt, welche die Saareinwohnerschaft besitzen. Ferner ist Voraussetzung Arbeits-

Willigkeit und Arbeitsfähigkeit. Zur Vereinheitlichung der Bedürftigkeitsprüfung sind gewisse Ausschüsse vorgesehen; hat der Unterstützungsempfänger oder haben seine nahen Angehörigen Einkünfte, so wird die Unterstützung nur insoweit gewährt, als das sonstige Einkommen den Ausschluß nicht erreicht. Er beträgt für alleinstehende Personen über 21 Jahre 450 Frs. (etwa 75 RM.), für den Haushaltungsvorstand 300 Frs., für den Ehegatten 200 Frs. und für jedes Kind und für jeden sonstigen unterhaltsberechtigten Angehörigen je nach Alter 75 bis 200 Frs. für den Monat. Die Höchstsätze der Unterstützung sind durch Verordnung vom 9. März 1932 neu festgesetzt. Sie betragen für männliche Personen über 21 Jahren 8 bis 9 Frs. und für weibliche Personen gleicher Altersgrenze 6 bis 8 Frs. wochentäglich; hinzu kommen Familienzuschläge von 3 Frs. für den Ehegatten und 2 Frs. für jedes Kind. Die wochentägliche Unterstützung einschließlich der Familienzuschläge darf 22 Frs. nicht übersteigen.

Auf Grund eines privaten Versuches hat sich die Saarregierung in jüngster Zeit zur Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes entschlossen und damit den Director der Abteilung Volkswohlfahrt betraut. Träger der Arbeit sind die öffentlichen Körperschaften, Träger des Dienstes die geeignet erscheinenden gemeinnützigen Verbände. Die Regierung bewilligt einen Zuschuß von 8,50 Frs. (etwa 1,40 RM.) für jeden Teilnehmer. Es sollen einstweilen nur Jugendliche bis zu 23 Jahren beschäftigt werden. Eine gesetzliche Regelung ist bisher nicht erfolgt, man will erst die praktische Bewährung abwarten.

Für die allgemeine Fürsorge ist heute noch das Unterstützungswohnsitzgesetz maßgebend. Einheitliche Richtlinien für die Höhe der Unterstützungen bestehen nicht. Sie werden bis zur Höhe von etwa 80% der Erwerbslosenunterstützungssätze gezahlt, bleiben aber in vielen Gemeinden weit darunter. Die Stadt Saarbrücken zahlt zur Zeit durchweg für den Haushaltungsvorstand 128 Frs. (rund 21 RM.), für die Ehefrau 85 Frs., für jedes Kind 71 bis 85 Frs. und ferner eine Familienzulage von 55 Frs. monatlich. Daneben gewährt sie Zuschüsse für Mieten, Krankenhausbehandlung und dergl.

Die Bezüge der Sozialversicherungen sind hinter den Leistungen der deutschen Sozialversicherung durchweg erheblich zurückgeblieben, wiewohl das Reich namhafte Zuschüsse zu den saarländischen Versicherungen leistet. Diese betrugen in der Zeit vom 13. Oktober 1927 bis Ende des Jahres 1931:

für Sozialversicherung	65 153 000,— RM.
für Angestelltenversicherung	3 322 000,— "
für Knappenschaftspensionsversicherung .	14 018 000,— "
für Unfallversicherung	5 389 500,— "
	87 882 500,— RM.

Durch Notverordnung vom 17. Dezember 1931 betr. Sicherung des Bestandes der Sozialversicherungsträger wurden in Anlehnung an die entsprechende Reichsnotverordnung die Sozialrenten erheblich gekürzt, auch wurde darin das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten neu geregelt.

Zum Zwecke der Sanierung der Kranken-, Pensions- und Invalidenversicherungskassen der Saarknappenschaft wurden auch die Knappenschaftlichen Leistungen mit Wirkung vom 1. August 1932 ab beträchtlich abgebaut.

In Angleichung an die in der 2. und 3. Reichsnotverordnung getroffenen Änderungen der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wurden auch im Saargebiet Kürzungen der Bezüge der Versorgungsberechtigten vorgenommen.

Hilfe für Neunkirchen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Not hilfe in Berlin W. 8, Wilhelmstraße 62, aus Anlaß des Explosionsunglücks in Neunkirchen (Saargebiet) die Genehmigung erteilt, Konten zur Entgegennahme von Geldspenden für die Hinterbliebenen der Opfer des Unglücks und die notleidenden Verletzten einzurichten, sowie durch Presseaufrufe zur Einzahlung von Geldspenden auf diese Konten aufzufordern. Dieser Genehmigung entsprechend sind folgende Konten eingerichtet:

Aufruf! Hilfswerk für Neunkirchen

Der Ausschuß zur Verwaltung und Verteilung der für das Neunkircher Hilfswerk eingegangenen Spenden ist gebildet. Unter dem Vorsitz des Landrates des Kreises Ottweiler und dem stellvertretenden Vorsitz des Bürgermeisters der Stadt Neunkirchen setzt er sich in der Hauptache zusammen aus den Vertretern der karitativen Verbände, der Arbeitnehmerschaft, der Arbeitgeber und der Geschädigten. Bei Beginn seiner Arbeit ist es dem Ausschuß ein Bedürfnis, allen denen öffentlich zu danken, die durch Spenden, ob groß oder klein, dazu beizutragen sich bemüht haben, die entstandene Not zu lindern.

Diese Not ist groß. Wenn auch die Zahl der Toten nicht ganz diejenige von Maybach und Alsdorf erreicht, so ist doch die Zahl der Schwerbeschädigten und der Gesamtumfang der Schäden, die sich in diesem Falle nicht bloß auf Personen, sondern auch in ausgedehntem Maße auf Sachwerte erstrecken, viel größer. Dazu kommt, daß nur in den wenigsten Fällen gesetzliche oder vertragliche Ansprüche auf Ersatz oder auf Renten bestehen. Deshalb ergeht die dringende Bitte an alle, in der Gebefreudigkeit nicht nachzulassen, vielmehr durch weitere Spenden mitzuholen, um die entstandenen Schäden an Leib und Gut wenigstens einigermaßen zu heilen.

Wir bitten, alle Spenden nur auf Konto 7070 des Postscheckamtes Saarbrücken (für Franken) oder auf Konto 5005 des Postscheckamtes Köln (für Reichsmark) überweisen zu wollen.

Der Ausschuß für das Hilfswerk Neunkirchen:

Dr. Rech, Landrat. Dr. Blank, Bürgermeister.

1. Konto „Deutsche Nothilfe, Explosionsunglück Neunkirchen (Saargebiet)“ bei der Zentrale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Berlin;

2. Postscheckkonto Berlin Nr. 48 700 „Deutsche Nothilfe, Explosionsunglück Neunkirchen (Saargebiet)“.

Nach einem von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe erstatteten Bericht sind bisher Spenden im Gesamtbetrag von rund 70 000 RM. eingegangen. Die Notlage der Hinterbliebenen und Verletzten erfordert jedoch erheblich höhere Beträge. Allen, die gewillt und geeignet sind, Sammlungen von Geldspenden zu veranstalten, soll daher die hierzu erforderliche Genehmigung weitmöglichst erteilt werden. Um die so bekundete Hilfsbereitschaft und Anteilnahme in wirkungsvoller und würdiger Weise den vom Unglück Betroffenen zum Ausdruck zu bringen, ist dafür zu sorgen, daß die von den Vereinen, Organisationen, Zeitungen und anderen Trägern der Sammlung erlangten Spenden möglichst auf die vorgenannten Konten der Deutschen Nothilfe überwiesen werden. Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe wird die gesammelten Beträge dem Vorsitzenden des Hilfskomitees in Neunkirchen, Landrat Dr. Rech, zuleiten und für die zweckentsprechende Verwendung der Gelder besorgt sein. Die Reichsgeschäftsstelle ist gehalten, auf Wunsch die Namen der Spender dem Hilfskomitee oder der Öffentlichkeit bekanntzugeben, sowie besondere Wünsche bezüglich der Verwendung der Beträge zu übermitteln.

Dem Entsetzen über die furchtbare Gas katastrophe von Neunkirchen am 10. Februar ist jetzt die bange und zermürbende Sorge gefolgt, was aus den Hinterbliebenen der Opfer, aus den Trümmern der Zerstörung werden soll. Zwar ist im ganzen Saargebiet und im ganzen Reich die Hilfe aufgeboten. Aber die Not, das Elend, die Sorge sind zu groß, als daß überall und zweckmäßig und rechtzeitig geholfen werden kann. Deshalb haben neben allgemeinen Sammlungen eine Reihe saarländischer Verbände das Hilfswerk dadurch zu unterstützen versucht, daß sie in illustrierten Broschüren die Größe und das Entsetzen des Unglücks in Wort und Bild dem Aufzuhenden nahe zu bringen sich bemühen. Wir haben schon einige erwähnt, weisen aber nochmals auf jene Gedenkbroschüre hin, die vom Saarbrücker Hof-Verlag in pietätvoller Ausmachung mit der Silberinschrift auf schwarzem Grund „Neunkirchen“ und dem kirchlichen Trostzeichen des Kreuzes herausgegeben wurde. Noch einmal sei aus

dem Vorwort des Neunkirchener Bürgermeisters Dr. Blank der Saar wiedergegeben, der die Furchtbarkeit des Unglücks kennzeichnet: 170 Wohnungen sind weggesagt oder eingestürzt; 700 Bewohner sind obdachlos geworden; 65 Tote (jetzt bereits 68 d. Sch.) steht bereits ein großer Hügel frischer Erde; über 90 Schwerverletzte schwelten noch die grauenhafte Ungewissheit eines dunklen Schicksals. Nicht zu zählen all die Leichtverletzten in der ganzen Stadt mit ihren 42 000 Einwohnern. Und Ludwig Bruch schreibt über den Sinn dieser Broschüre u. a. folgendes: „Diese Blätter sind dem Gedächtnis gewidmet. Sie sollen für alle Zeit festhalten, was geschah und sollen zugleich ein Scherlein beitragen zum großen Werk brüderlicher Hilfe. Sie sollen auch dankbar Kunden von jener spontanen Anteilnahme weit über die Grenzen der Weltmarkthinaus, von jenen elementaren Neuflutungen einer menschlichen und völkischen Schicksalsgemeinschaft, die Parteihader und Parteistreit zum Verstummen brachten.“ Man kann dieses schlichte und doch in seinem textlichen und bildlichen Inhalt erschütternd wirkende Büchlein nicht weglegen, ohne noch einmal im tiefsten Herzen ergriffen zu werden von jenem Leid und jenen Schrecken, die über die Neunkirchener Bevölkerung, die über das Saargebiet hereingebrochen sind. Da der Reinertrag aus dem Verkauf dieser Broschüre dem Neunkirchener Hilfsfonds zugeschürt wird, können wir nur nochmals allen Mitgliedern des Bundes der Saarvereine und allen unsern Ortsgruppen empfehlen, sich dieses Gedächtniswerkchen zu beschaffen. Der Preis beträgt 1,00 RM.

„Die Neunkirchener Explosionskatastrophe vom 10. Februar 1933, Bilder und Berichte“ betitelt sich eine andere, das gleiche Grauen behandelnde Broschüre, die vom Verlag der Saar- und Blieszeitung in Neunkirchen herausgegeben und von Hermann Rosprich verfaßt worden ist. Auf grell-rotem Umschlag springt einem der Titel des Büchleins in phantastischen Buchstaben in die Augen. Man begreift sehr wohl, daß der Verfasser unter der Überschrift „Eine ganze Stadt in Todesangst“ schreibt: „Man muß erst Zeit und Abstand von den schrecklichen Ereignissen des Unglücksstages haben, um sich ganz der Größe der Gefahr bewußt zu werden, von der wir uns alle bedroht fühlten — ja auch in der Tat bedroht waren.“ Noch am Tage darauf steht das Grauen in den fahlen Gesichtern. Übernächtigt und verängstigt eine ganze Stadt!“ Und dann aneinander gereiht und doch systematisch aufgebaut Stimmung, Schilderung, Berichte. Auch der Reinerlös dieser Broschüre wird restlos dem Nothilfsfonds übermittelt, so daß, wie der Verlag mit Recht schreibt, die Mitglieder des Saarvereins mit dem Erwerb dieser Broschüre mithelfen, die Not der von dem Explosionsunglück Betroffenen zu lindern. Wir möchten nicht verfehlten, auch diese Broschüre unsern Mitgliedern dringend ans Herz zu legen, damit das Hilfswerk größer werde als die Not.

Kleine Tages-Chronik

Winternothilfe in St. Arnual.

Am Sonntag, dem 19. d. M., veranstaltete der Evang. Männer- und Junglingsverein St. Arnual, zum zweiten Male zum Besten der Winternothilfe, einen Gemeindeabend im Küklerischen Saale. So wie bei der ersten Veranstaltung am 29. Januar war der Saal wieder bis auf den letzten Platz besetzt.

Die Veranstaltungen waren nicht nur Gemeindeabende, sondern auch vaterländische Veranstaltungen. Neben den Konzertstücken des Posaunenchores und jugendlichen Streichorchesters gelangte zur Aufführung das im Verlag der Saarbrücker Zeitung erschienene „Das deutsche Herz“ von Friedr. Schön.

Herr Pfarrer Döring schilderte in markanten Worten den Ernst der heutigen Zeit unter Hinweis auf den Inhalt der Aufführung, die einen Einblick in den einmütigen Willen der Saarbrücker Bürger aus dem Jahre 1813 gab. Es sei heute mehr denn je Pflicht eines jeden ohne Rücksicht auf die parteipolitische Einstellung mitzuarbeiten an einer Einigung des Volkes an der Saar.

Die Aufführung selbst, die in Auszügen zeigte, wie im Jahre 1813 die Bürger Saarbrückens den Mut fanden, offen zu bekennen, die französische Verwaltung abzuschütteln und die Wiedervereinigung mit Preußen forderten, wurde von den Versammelten mit größtem Interesse verfolgt. Die Freude, die die Vorfahren begeisterte aus Anlaß der Rückkehr zu Preußen, dürfte für manchen eine Vorahnung sein von der Begeisterung des Volkes an der Saar im Jahre 1935. Während der Vortragsfolge wurde mit Musikbegleitung das Saarlied „Deutsch ist die Saar“ gesungen.

Nach Worten des Dankes von Herrn Pfarrer Döring an diejenigen, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt und die Veranstaltungen ermöglichten, fand die Veranstaltung unter Abstimmung des Deutschlandliedes einen würdigen Abschluß.

Die erwähnte Aufführung „Das deutsche Herz“ kann allen Gemeinden und Vereinen bestens empfohlen werden.

* **Deutschationale Saarlundgebung in Saarbrücken.** Der Vertreter der Interessen des Saargebiets in der deutsch-nationalen Volkspartei, Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Brunow (als Nachfolger der verstorbenen Frau Studienprofessor Rawengel), weilte Ende Januar mehrere Tage in Saarbrücken und Saarlouis und hatte mit einer großen Anzahl maßgebender Vertreter der verschiedensten Berufsstände und Bevölkerungskreise wichtige Besprechungen. Am Sonntag, dem 29. Januar, 4 Uhr nachmittags, veranstaltete die deutsch-nationale Volkspartei im Gustav-Adolf-Haus zu Saarbrücken eine glänzend besuchte vaterländische Kundgebung, die unter wehenden schwarz-weiß-roten Fahnen nach der mit einem Sturm der Begeisterung aufgenommenen Rede Dr. Brunows in einem machtvollen Treuebekenntnis für das alte deutsche Vaterland endete.

* **Saarbrücken.** Der Besuch des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ in Saarbrücken scheint nun doch zu stande zu kommen. Nach Meldungen der Saarprese hat die Regierungs-Kommission ihre „Bedenken“ gegen eine Landung auf dem St. Arnualer Flughafen wieder aufgegeben. Die Stadt Saarbrücken hat sich bereits seit zwei Jahren um eine solche Landung bemüht, ohne indes die Genehmigung dazu erhalten zu können, obwohl bereits einige solcher Landungen schon vor dem Kriege reibungslos stattgefunden haben. In der Alleestraße scheint man jetzt zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß sich die „Bedenken“ gegen die Landung ernstlich nicht rechtfertigen lassen. — Kriegsveteranen im Saargebiet. Die Zahl der noch im Saargebiet lebenden Veteranen aus den Feldzügen von 1864, 1866 und 1870/71 wird auf etwa 220—230 geschätzt. Die Zahl der Veteranen, die Ehrensold der Kriegsteilnehmer-Veteranen-Beihilfe des Reiches beziehen, ist für den preußischen Teil des Saargebiets auf 155 festgestellt. Im Jahre 1930 waren es noch 345. Der starke Rückgang dieser Zahl läßt erkennen, daß unsere Veteranen mehr und mehr zur großen Armee abberufen werden; so lautet denn auch immer zahlreicher aus den Ortschaften die Berichte, daß dort der letzte Veteran auf immer die Augen geschlossen habe. — Auf ein 40jähriges Bestehen kann hier die Firma Müller & Baier zurückblicken, die sich von einem bescheidenen Unternehmen zu einem modernen Handelshaus entwickelt hat. Dank solider Kaufmännischer Grundlage hat sich die Firma das Vertrauen einer immer größer werdenden treuen Kundschaft erworben und eine führende Stellung im Einzelhandel unserer Großstadt gesichert. — Die Saarbrücker Bezirksgruppe des Allgemeinen deutschen Jagdschuhverbandes hat beim Landesverein Rheinprovinz den Antrag gestellt, daß die Hauptversammlung des Verbandes im Jahre 1934 hier in Saarbrücken abgehalten wird. Es wäre zu wünschen, daß diesem Antrag stattgegeben wird, wie denn überhaupt größere Vereinigungen aus dem Reiche, soweit das möglich ist, im Jahre vor der Abstimmung Gewicht darauf legen sollten, ihre Tagungen nach Saarbrücken oder ins Saargebiet überhaupt zu verlegen, um die Zugehörigkeit des Saargebiets zum Reiche auch nach außen zu betonen und damit die Volksabstimmung 1935 würdig einzuleiten.

* **Ensheim.** Im Jahre 1935 wird unsere Gemeinde das Jubiläum ihres 800jährigen Bestehens feiern können. Daß diese Feier im Jahre der Volksabstimmung stattfinden wird, verleiht ihr noch eine besondere Bedeutung, denn es steht zu erwarten, daß sie unter der wiedererlangten Vereinigung mit unserem deutschen Vaterlande vor sich gehen wird. Zu der Feier rüstet man schon heute. Man ist dabei, auf Grund historischer Dokumente und Urkunden eine Geschichte des Ortes abzufassen, die zu der Feier erscheinen soll und ein wertvoller Beitrag für die Heimatforschung werden wird. Auch bereitet man eine Sammlung Ensheimer Altertümer vor, die anlässlich der Feier ausgestellt werden sollen.

* **Lauterbach.** Zur Besichtigung des Saargrenzlandes trafen hier eine Anzahl Studenten der Universität Bonn im Warndtgebiet ein. Sie wurden als willkommene Gäste herzlich von der Bevölkerung begrüßt. Zum Gedächtnis der im Weltkrieg Gefallenen hand in der Pfarrkirche ein Gottesdienst statt, vor der Gedenktafel legten die Studenten dabei einen Kranz nieder. Eine Rundfahrt durch unseren schönen Warndtwald und eine Besichtigung des Röcklingschen Eisen- und Stahlwerks waren mit dem Besuch verbunden. Bei einer geselligen Veranstaltung sprach Pfarrer Schu über die geschichtliche Vergangenheit unserer Heimat. Die Studenten werden so manche wertvolle Eindrücke von dem deutschen Land an der Westgrenze mit heimgenommen und die Überzeugung gewonnen haben, daß hier nur der Wille zur Rückkehr zum Deutschen Reich herrscht und unauslösbar ist.

* **Landsweiler.** Hier ist der Steiger Hermann Klein nach kurzer schwerer Erkrankung verstorben. Mit ihm ist ein aufrechter deutscher Mann dahingegangen, der sich auch gegenüber seinem französischen Arbeitgeber nicht scheute, seine deutsche Gesinnung offen zu vertreten. In der heiligen Gemeinde war der Verstorbene allgemein geachtet und hochgeschätzt, besondere Verdienste erwarb er sich auch um die Pflege der deutschen Turnersache und des deutschen Gesanges, die in ihm einen aktiven

Förderer fanden. Das Andenken an den leider zu früh Verstorbenen wird hier in Ehren gehalten werden.

* **Zwingen.** Die Elfhundert-Jahrfeier ihres Bestehens wird unsere Gemeinde in diesem Jahre festlich begehen. Ein Ausschuss ist schon türig an der Arbeit, um die umfangreichen Vorbereitungen zu treffen. Vorgesehen sind ein historischer Festzug, eine Gewerbe-Ausstellung, Festspielvorführungen, Ausgestaltung des Heimatmuseums, das schon wertvolle Alttümer aufweist, usw. Ebenso werden eine Anzahl von Verbänden aus Anlaß der Jubiläumsfeier ihre Tagungen nach hier verlegen, so daß mit einer starken Zunahme des Verkehrs bestimmt zu rechnen ist. Die Feier soll in der Zeit vom 18. Juni bis 2. Juli mit besonderen Veranstaltungen vor sich gehen.

* **Neunkirchen.** Die Zahl der tödlichen Opfer der schweren Explosionskatastrophe auf dem Neunkirchener Eisenwerk ist jetzt auf 66 gestiegen. An den Folgen seiner schweren Verletzungen ist der 48 Jahre alte Hüttenarbeiter Wilhelm Rau, Vater von fünf Kindern, gestorben. Die Not in den betroffenen Familien ist trotz der zahlreichen einlaufenden Spenden noch immer groß, so daß weitere Hilfsbereitschaft notwendig ist. Unter der Leitung der Frauen von Hindenburg und von Papen hat sich in Berlin ein Ausschuss zur Beschaffung von allerhand Liebesgaben, Kleidungsstücke, Schuhe, Wäsche und Lebensmittel gebildet. Eine Waggonladung solcher Liebesgaben soll schon in den nächsten Tagen nach Neunkirchen abgesandt werden. Die Liebesgaben sind vom Eingangszoll befreit worden. Weitere Hilfe tut not! — Wie auf der hier abgehaltenen Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der Luftfahrtvereine im Saargebiet festgestellt wurde, gehören der Vereinigung bisher 14 Vereine mit insgesamt 438 Mitgliedern an, die über 23 fast durchweg selbstgebaute Segelflugzeuge verfügen. Im vergangenen Jahre wurden über 1500 Flüge ausgeführt, darunter der längste von einer Stunde und zehn Minuten Dauer. Gewiß schon eine beachtenswerte Leistung. Wie aus diesem Bericht zu ersehen, wird auch der Segelflugsport im Saargebiet fleißig geübt.

* **Merzig.** Auf ein 90 jähriges Bestehe kann hier die Firma Oswald Jaeger (Hawalo-Jaeger) zurückblicken. Der heutige Inhaber, Anton Jaeger, feiert zugleich auch sein 25jähriges Jubiläum als Leiter und Inhaber der Firma.

* **Homburg.** Auf ausgedehnte Höhlenanlagen ist man hier im Schloßberg gestoßen. Bei einer durch die Bergbehörde vorgenommenen Untersuchung ist festgestellt worden, daß der Besuch dieser Höhlen mit keinerlei Gefahren verbunden ist. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Höhlen in nächster Zeit für die Besichtigung freigegeben werden. Unsere Stadt ist damit um eine Sehenswürdigkeit bereichert worden, die sicherlich zum Besuch anlocken wird.

* **Mittelbergbach.** Ein ehrenvoller Auftrag ist hier dem Flieger Adolf Kneip, der, wie seinerzeit gemeldet, im vorjährigen Deutschlandflug als dritter Sieger ausgezeichnet wurde, zuteil geworden. Von der spanischen Regierung ist Adolf Kneip aufgefordert worden, unter dem Schutze des spanischen Aeroklubs in einer Anzahl Städte Spaniens Flugveranstaltungen zu organisieren, die dem Zwecke der Verbreitung des Zivilluftfahrtgedankens dienen sollen. Nachdem die erforderlichen Verträge in Spanien bereits getätigten worden sind, wird die Expedition mehrerer Flieger mit ihren Fahrzeugen bereits Ende dieses Monats nach Spanien aufbrechen. Vorgeführt werden die Motorflieger und der Segelflugsport.

Personenachrichten

Zum Präsidenten der Handelskammer Saarbrücken wurde an Stelle des verstorbenen Herrn v. Boch der bekannte saardeutsche Wirtschaftsführer Bodo v. Karcher gewählt. Herr v. Karcher genießt weit über des Saargebietes Grenzen hinaus den Ruf eines weitblickenden Wirtschaftspolitikers.

Hohes Alter: den 80. Geburtstag beging der pens. Weichensteller Ludwig Steller in Walsheim, — den 91. Geburtstag der Pensionär Franz Lessel in Brotdorf, — den 80. Geburtstag der pens. Eisenbahner Michel Bonner in Neunkirchen, — den 81. Geburtstag der frühere Landwirt Christian Volz in Niederlingweiler, — den 85. Geburtstag Frau Anna Freisen in Saarlouis, — den 82. Geburtstag der pens. Bergmann Nikolaus Euschen in Elversberg, — den 83. Geburtstag der Maurer Georg Helzheber in Bebelsheim, — den 95. Geburtstag die Witwe Karoline Scherz in Saarbrücken, — den 87. Geburtstag der Mezgermeister Ludwig Baum in Sulzbach, — den 92. Geburtstag die Witwe Maria Stolz in Rohrbach, — den 80. Geburtstag Frau Elisabeth Kühm geb. Roth in Blieskastel, — den 80. Geburtstag der Schmiedemeister Karl Jung in Homburg, — den 80. Geburtstag Karoline Lutz in Saarbrücken, — den 90. Geburtstag

der frühere Gast- und Landwirt R. Ley in Köllerbach, — den 80. Geburtstag Johann Sehn in Buchenbach, — den 81. Geburtstag Philipp Enderlein in Neunkirchen, — den 80. Geburtstag der pens. Bergmann Peter Weißkircher in Hüttingweiler, — den 80. Geburtstag der Schreinermeister Christian Dillschneider in Fraulautern, — den 80. Geburtstag die Witwe Karoline Schwingel in Oberlingweiler, — den 86. Geburtstag die Witwe Katharina Jung in Landsweiler, — den 80. Geburtstag die Witwe Josef Anz in Rimsingen, — den 80. Geburtstag die Witwe Marie Altpeter in Bischmisheim, — den 90. Geburtstag Frau Sophie Quien in Saarbrücken, — den 86. Geburtstag die Witwe Johann Stein in Spiesen, — den 81. Geburtstag die Witwe Demmer geb. Spang in Neunkirchen, — den 89. Geburtstag der pens. Bergmann Andreas Rüsing in Spiesen, — den 83. Geburtstag die Witwe Karl Hubig in Sulzbach, — den 81. Geburtstag Alfred Müller in Fehingen.

Die goldene Hochzeit feierten: die Eheleute Johann Kleinbauer und Frau Elisabeth geb. Fink in Friedrichthal, — die Eheleute Friedrich Ringer und Frau Anna geb. Köhl in Neuscheidt, — die Eheleute Pensionär Georg Konrad und Frau Katharina geb. Schweizer in Gersweiler, — die Eheleute Friedrich Weinmann und Frau Maria geb. Dettweiler in Böckweiler.

Die Toten + der Heimat

* August Rähfeld-Saarbrücken †.

Im Alter von 74 Jahren ist in Saarbrücken der Baugewerksmeister August Rähfeld gestorben. Die Trauerkunde von dem Ableben dieses allgemein geachteten Mannes wird in Saarbrücker Bürgerkreisen große Teilnahme auslösen. August Rähfeld war ein aufrechter deutscher Mann von schlichtem, geradem und vornehmen Wesen. In einer baulich sehr regesamen Zeit fand er in Saarbrücken ein weites Feld erfolgreicher Tätigkeit. Gehörte doch sein Unternehmen zu den angesehendsten Baufirmen der Stadt Saarbrücken und darüber hinaus, und so mancher stattliche Bau zeugt von seiner fruchtbringenden Tätigkeit. Daneben stand er seinen Berufskreisen mit Rat und Tat zur Seite, darüber hinaus aber widmete er sich und seine reichen Erfahrungen auch dem Dienste der Allgemeinheit. Von dem Vertrauen seiner Mitbürger in das Stadtverordneten-Kollegium berufen, war ihm in diesem Ehrenamte die Ausschaltung von Eigeninteressen selbstverständlich Pflicht, denn nur dem Wohle der Bürgerschaft galt seine Sorge. Die politische Umgestaltung in der kommunalen Vertretung, die seine Billigung nicht fand, veranlaßte ihn zur Niederlegung seines Amtes, das er stets treu und vorbildlich wahrgenommen hatte. In letzter Zeit fesselte ihn Kränklichkeit mehr und mehr an das Haus, vom öffentlichen Leben hatte er sich gänzlich zurückgezogen. Nun hat ihn der Tod nach einem arbeitsreichen Leben und Enttäuschungen im hohen Alter abgerufen. Sein Andenken und sein Vorbild wahrer Bürgertugend wird hier in Ehren gehalten werden.

Saarbrücken: Fabrikdirektor a. D. Josef Gudeisen, 71 Jahre; Ingenieur Carl Wirkahn, 55 Jahre; Friedrich Heinrich, 88 Jahre; Karl Kudis, 20 Jahre; Paul August Rähfeld, 74 Jahre; Frau Wwe. Maria Meiers geb. Schmidt, 72 Jahre; Hausmeister Franz Nieß, 60 Jahre; Frau Susanna Bäumchen geb. Schneider, 63 Jahre; Frau Wilhelmine Bälzer geb. Brülls, 66 Jahre; Rentner Otto Sarg, 60 Jahre; Fr. Martha Lion, 18 Jahre; Frau Carl Geminn geb. Margaretha Brückner, 76 Jahre; Frau Anna Roos geb. Schackmann, 66 Jahre; Schuhmachermeister Jakob Kerner, 67 Jahre; Frau Wwe. Christian Kraemer geb. Katharina Sander; Frau Johanna Tag geb. Weisang, 29 Jahre; Jakob Leckeler, 54 Jahre; Frau Berta Josten geb. Kopping, 49 Jahre; Postgehilfe Julius Casper; Frau Margaretha Schmitz geb. Thome, 46 Jahre; Heinz Traub, 22 Jahre; Johann Eberhardt, 53 Jahre; Frau Wwe. Johann Peters geb. Maria Hager, 79 Jahre; Frau Maria Hellenbrand, 58 Jahre; Frau Maria Reuther verw. Quirin geb. Quirin, 69 Jahre; Otto Radziewsky, 53 Jahre; Karl Maurer, 63 Jahre; Armand Steffan, 55 Jahre; Frau Pauline Müller geb. Moog; Richard Mittmann, 54 Jahre; Nicolaus Emmerich, 61 Jahre. — **Düsseldorf:** Frau Wwe. Edmund Neufang geb. Klara Reiß, 70 Jahre. — **Heidelberg:** Josef Schnock. — **Oberhausen:** Dipl.-Ing. Friedrich Berger. — **Wiesbaden:** Otto Tosetti, 94 Jahre. — **Scheidt:** pens. Eisenbahner Jakob Gutenhoff, 58 Jahre. — **Neuscheidt:** Schreiner Jakob Hauck, 74 Jahre. — **Fehingen:** Frau Johann Beder geb. Luise Groß, 78 Jahre. — **Güdingen:** Johann Friedrich Andres,

77 Jahre; pens. Eisenbahnarbeiter Peter Hart, 79 Jahre; Frau Wwe. Georg Koch geb. Maria Wichter, 75 Jahre. — Fürstenhausen: Schmiedemeister Christian Hafner, 65 Jahre. — Klarenthal: Michael Ettinger, 78 Jahre. — Wehrden: Heinrich Schmitt, 35 Jahre. — Ludweiler: Frau Katharina Duval geb. Desgranges, 53 Jahre. — Grohsseln: Hüttenpensionär Peter Wahl-Gerlach, 81 Jahre. — Böllingen: Michael Bennoit, 71 Jahre; Frau Paul Weiler geb. Elisabeth Schmieden, 57 Jahre; Hüttenbeamter i. R. Jakob Ruffing, 58 Jahre. — Altenkessel: August Bauer, 73 Jahre. — Heusweiler: Fr. Katharina Krämer, 77 Jahre. — Riegelsberg: Frau Elisabeth Deckenich geb. Kohl, 30 Jahre. — Jägersfreude: Eisenbahnoberenschaffner i. R. Fritz Müller, 65 Jahre. — Herrensohre: Frau Maria Montag geb. Schmitt, 67 Jahre; Georg Berndt, 57 Jahre. — Dudweiler: Frau Wwe. Johann Bauer geb. Luise Jung, 58 Jahre; pens. Eisenbahner Franz Horward, 76 Jahre; Frau Wwe. Peter Bernarding geb. Katharina Heupp, 75 Jahre; Nikolaus Köhler, 58 Jahre; Philipp Windeler, 77 Jahre; Frau Christian Braun geb. Minna Wunn. — Sulzbach: Ludwig Huppert, 35 Jahre; Klara Langenfeld geb. Berrang, 34 Jahre; Schneidermeister Richard Ellgen, 62 Jahre; Peter Henzel, 44 Jahre. — Altenwald: Frau Nikolaus Hilbig geb. Maria Bernhard, 33 Jahre. — Heiligenwald: Steiger Hermann Klein, 38 Jahre. — Göttelborn: Frau Maria Tromm geb. Renno, 70 Jahre. — Friedrichsthal: Johann Schirra, 50 Jahre; Josef Minas, 54 Jahre; Frau Wwe. Margarete Klein geb. Thome. — Bilbost: Karl Friedrich Piskin, 78 Jahre; Peter Schedler, 19 Jahre; Frau Mathias Kirch geb. Katharina Klein, 65 Jahre. — Elversberg: Frau Konrad Klein geb. Maria Schilling, 52 Jahre. — Fischbach: Frau Maria Kraus geb. Huwig, 56 Jahre; Frau Jakob Minnich geb. Maria Jung, 67 Jahre. — Landsweiler: Pensionär Karl Hansen, 72 Jahre. — Urweiler: Nikolaus Gregorius, 79 Jahre. — Neunkirchen: pens. Hüttenarbeiter Karl Klepper, 88 Jahre; Frau Wwe. Christian Ludwig Seiler geb. Luise Anschütz, 72 Jahre; Eisenbahnschaffner Philipp Bayer, 39 Jahre; Jakob Wendelen, 79 Jahre; Wilhelm Schmidt, 42 Jahre; pens. Maschinenvärter August Antes, 76 Jahre; Amalie Klein, 61 Jahre; Wilhelm Hoppstädter, 76 Jahre; Frau Nikolaus Klein geb. Anna Oberringer, 63 Jahre; Frau Wwe. Heinrich Göriz geb. Katharina Blesius, 65 Jahre; Frau Jakob Forster geb. Maria Mid, 56 Jahre; Veteran Johann Jäger, 86 Jahre; Frau August Lang geb. Luise Beck, 62 Jahre; pens. Hüttenarbeiter Nikolaus König, 69 Jahre; Schreinermeister Nikolaus Gett, 77 Jahre; Lokomotivführer Ernst Köber, 53 Jahre; Milchhändler Christoph Besenroth, 64 Jahre; Lydia Weis, 32 Jahre; Frau Wwe. Johann Seithel geb. Maria Schlander, 72 Jahre. — Wiebelskirchen: Korrektor i. R. Wilhelm Jakobs, 68 Jahre; pens. Hüttenarbeiter Peter Reuter II, 74 Jahre; Wilhelm Stoll, 75 Jahre; Frau Wwe. Katharina Lander geb. Moll, 73 Jahre; Frau Maria Magdalena Tabillion geb. Malter; Frau Emma Schmidt geb. Presser, 46 Jahre. — Wellesweiler: Steiger i. R. Jakob Weingardt, 84 Jahre; Frau Karolina Schäffner geb. Steinmann, 70 Jahre; Lina Kliebenstein, 38 Jahre; Oberlokomotivführer i. R. Wilhelm Rösler, 64 Jahre. — Ottweiler: Frau Wwe. Jakob Schank geb. Sophie Kunz, 72 Jahre; Kaufmann Gustav Adolf Werner; Frau Wwe. Eugen Funcke geb. Ida Forthofer, 83 Jahre; Frau Wwe. Conrad Reinshagen geb. Luise Caroli, 89 Jahre; Frau Luise Uwer geb. Wittling, 72 Jahre. — St. Wendel: Frau Elisabeth Julius geb. Hahndenteufel; Nikolaus Ritter, 42 Jahre; Bädermeister Nikolaus Föhling; Frau Magdalena Klein geb. Modler. — Dillingen: Margareta Schmidt, 70 Jahre. — Dillingen: Jakob Gräf, 44 Jahre; Marianne Spang, 13 Jahre; Frau Auguste Schlosser geb. Dehler, 82 Jahre; Frau Elisabeth Müller geb. Heß, 54 Jahre; Pensionär Karl Huwig, 82 Jahre; Heinrich Michael, 40 Jahre; Frau Franz Thomas geb. Margareta Wagner, 69 Jahre. — Außen: Frau Rudolf Ely geb. Maria Husong, 37 Jahre. — Marpingen: pens. Bergmann Peter Klein, 80 Jahre. — Büren: Albert Bendersdorfer, 17 Jahre. — Wadgassen: Frau Robert Laubach geb. Maria Rupp, 32 Jahre. — Ittersdorf: Nikolaus Senz, 68 Jahre. — Saarlouis: Frau Michel Adolf Schor geb. Johanna Bell, 46 Jahre; Gustav Glaezer, 84 Jahre; Frau Anna Puig, 87 Jahre. — Granlautern: Ingenieur Hans Kindt, 31 Jahre; Steinhauermeister Johann Caspar, 58 Jahre. — Hilsbach: Frau Wwe. Jakob Schmidt geb. Kath. Büch, 72 Jahre. — Merzig: Seilermeister Tillmann Klein, 83 Jahre; Frau Philipp Hämmerath geb. Gertrud Engtler, 65 Jahre. — Erbach: Frau Katharina Eder geb. Schindler, 44 Jahre. — St. Ingbert: Frau Wwe. Magdalena Peter geb. Schneider, 72 Jahre; Kriegsinvalid Jakob Feuer, 57 Jahre; Frau Maria Heinrich geb. Gehrung, 71 Jahre; pens. Bergmann Jakob Schmitt, 78 Jahre; Frau Wwe. Maria Hippchen geb. Decker, 62 Jahre; Frau Katharina Ewerle geb. Vogelgesang, 81 Jahre; Frau Wwe. Anna Reh-

eis geb. Gehrung, 77 Jahre; Schneidermeister Nikolaus Ochs, 73 Jahre; Frau Katharina Feuer geb. Jung, 83 Jahre. — Homburg: Eisenbahnamtmann Hubert Klemmer, 58 Jahre; Frau Emma Bitschmann geb. Schmidt, 74 Jahre; Spengler- und Installationsmeister Josef Mayer. — Roerbach: pens. Bergmann Joh. Kraus, 70 Jahre. — Münchwies: Michael Henne, 88 Jahre. — Niederwürzbach: Frau Anny Kraft geb. Schäfer; Bädermeister Georg Becker, 59 Jahre. — Biringen: Jakob Johannes, 75 Jahre. — Oberbergbach: Johann Herrlinger, 72 Jahre. — Waltersweiler: Frau Maria Magdalena Müller geb. Koch, 78 Jahre. — Diersdorf: Frau Angela Monter geb. Winter, 64 Jahre. — Dilsburg: pens. Maschinenvärter Jakob Gemmel, 75 Jahre. — Erfweiler-Ehlingen: Schreinermeister Jakob Vogelgesang, 69 Jahre. — Ehnenhoven: Frau Wwe. Karl Krauß geb. Maria Schäfer, 93 Jahre; Jakob Feld, 69 Jahre. — Hofeld: Gretchen Rammacher, 54 Jahre. — Karlingen: Gastwirt Nikolaus Hans-Guldner, 65 Jahre. — Manbach: Frau Wwe. Luise Kuhn geb. Jung, 86 Jahre; Fahrsteiger Robert Gützlaff, 57 Jahre. — Neuhofen: Kaufmann Jacob Eisenhauer, 73 Jahre. — Primsweiler: Frau Wwe. Karoline Hannover, verw. Arz, geb. Schwarzer, 80 Jahre. — Roschbach: Pensionär Johann Josef Kaiser, 75 Jahre. — Siegburg: Frau Wwe. Eduard Levaucher geb. Anna Windheuser, 72 Jahre. — Stennweiler: Frau Wwe. Nikolaus Kochum, 74 Jahre; Frau Wwe. Maria Huber geb. Töttel, 66 Jahre. — Thalllichtenberg: Karl Wilhelm Braun, 35 Jahre. — Wahlen: stadt. Hegemeister i. R. Wilhelm Harfing, 83 Jahre. — Walsheim: Frau Frieda Specht geb. Güssow. — Wehingen: Johann Bohrofen 64 Jahre.

Vom Bunde der Saarvereine

* Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine. Am Sonntag, dem 19. März 1933, vormittags 11.30 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine in Gemeinschaft mit der Ufa ein Wohltätigkeitskonzert im Gloria-Palast am Kurfürstendamm für die Opfer der Neunkirchener Explosionskatastrophe. Mitwirkende sind: Frau Margarete Klose von der Staatsoper Berlin, Fräulein Marianne Brügger, Sopran, Saarbrücken, Herr Kammerjänger Fritz Soot von der Staatsoper Berlin (gebürtiger Neunkirchener), Herr Kapellmeister Fritz Neumeyer, Saarbrücken, das Ufa-Sinfonie-Orchester, unter Leitung seines Dirigenten Herrn Kapellmeisters Dr. Hellmut Thiersfelder. Vor Beginn der künstlerischen Darbietungen wird Herr Bürgermeister Dr. Blanck-Neunkirchen in einer kurzen Ansprache die Folgen der Explosionskatastrophe schildern. Ein kurzer Film der Ufa von der Explosionsstätte wird anschließend gezeigt. Sämtliche Mitwirkende haben ihre Kunst unentgeltlich in den Dienst der guten Sache gestellt, so daß die Möglichkeit besteht, die Bruttoeinnahmen restlos dem beabsichtigten Zweck zuzuführen. Karten sind erhältlich an der Kasse des Gloria-Palastes, bei A. Wertheim und bei Bote & Bok. Die Preise betragen 1.—, 2.— und 3.— RM. Etwaige Sonderspenden bitten wir auf das Postscheckkonto der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin Nr. 66 536 mit dem Stichwort „Wohltätigkeitskonzert“ zu überweisen.

* Ortsgruppe Berlin. Der Männerchor der Polizeibeamten Charlottenburg, Mitglied des Berliner und des Deutschen Sängerbundes und die Deutsche Liedertafel veranstalten ein Konzert am 26. März 1933, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, in der Staatlichen Hochschule für Musik, Fasanenstraße 1, bei welchem das gesamte Sinfonie-Orchester der Schupolizei Berlin, eine Sängerin unseres Bundes und ein Bariton mitwirken. Der Reinertrag ist für die Opfer der Neunkirchener Katastrophe bestimmt. Das Konzert soll durch Rundfunk übertragen werden, um unseren Schwestern und Brüdern in der Saarheimat zeigen zu können, in welcher treuer Weise ihrer auch in der Reichshauptstadt gedacht wird. Eintrittskarten sind zum Preise von 0,50 RM, 1,00 RM und 1,50 RM zu haben. Wir können den Besuch des Konzertes nur wärmstens empfehlen und würden es außerordentlich dankbar begrüßen, wenn das Konzert sich eines recht zahlreichen Besuches unserer Mitglieder zu erfreuen hätte.

* Ortsgruppe Berlin. Auf Veranlassung des Arbeitsausschusses zur Sammlung von Liebesgaben für die Hinterbliebenen des Neunkirchener Unglücks, der sich unter dem Vorsitz der Frau von Papen und Frau von Hindenburg gebildet hatte, haben Frau Johanna Hueck und Frau Frieda Vogel unter der Ortsgruppe Berlin eine Sammlung veranstaltet, deren Ertrag es ermöglichte, dreizehn große Säcke mit Kleidungsstücken, Leib- und Bettwäsche, auch Matratzen usw. an das Rote Kreuz abzuführen, das den Transport nach Neunkirchen übernommen hat. Den Spendern wird auf diesem Wege der Dank des Ausschusses ausgesprochen,

da es bei der Menge der Spender leider nicht möglich ist, jedem einzelnen besonders zu danken.

* **Ortsgruppe Halle.** Am 18. und 19. Februar fand hier das große *Jahnschwimmen* der Deutschen Turnerschaft statt, an welchem schon seit Jahren die Saarbrüder Turnerschaft durch einige repräsentative Mitglieder teilnimmt. Wir hatten diesmal wieder die Freude, unseren Landsmann Walter Junold-Saarbrücken in unserer Mitte begrüßen zu können. Herr Junold, der bereits zweimal Deutscher Meister ist, konnte sich auch jetzt wieder einen ehrenvollen Platz unter den Siegern in diesem Wettkampf sichern. Es ist für unsere Ortsgruppe immer eine große Freude, wenn bei dem Begrüßungsabend der Deutschen Turnerschaft sowohl wie bei der Siegerehrung, an welcher die Spitzen der halleschen Behörden ständige Gäste sind, unsere Saarbrüder Landsleute von dem Gauleiter der Deutschen Turnerschaft besonders begrüßt und geehrt werden und auf das gute Einvernehmen zwischen Saarverein und Saarbrüder Turnerschaft hingewiesen wird. Unser 1. Vorsitzender, Herr Bergrat Abels, war mit einigen Vorstandsmitgliedern bei den Veranstaltungen zugegen, auch wurde die Zusammengehörigkeit noch durch einen von ihm gegebenen Abend in harmonischer Weise beträchtigt. Wie wir hörten, planen die Saarbrüder Turner im nächsten Jahre in größerer Zahl, etwa 10–12 Mitglieder, zu diesem Jahnschwimmen nach Halle zu kommen. Die Fahrt soll als Propagandafahrt für unsere liebe Saarheimat in besonderer Weise ausgeführt werden.

* **Die Ortsgruppe Stettin** des Bundes der Saarvereine e. V. veranstaltete am 25. Februar ihre 8. Hauptversammlung im Vereinslokal „Zum Landsknecht“, die wie üblich mit einem gemeinsamen Essen eingeleitet wurde und die sich eines recht guten Besuches von Mitgliedern und Gästen erfreute. Von der ursprünglich vorgesehenen „Kappensitzung“ war als äuheres Zeichen der Anteilnahme an dem furchtbaren Neunkirchener Unglück Abstand genommen worden. Zunächst gedachte deshalb auch der 2. Vorsitzende, Professor Dr. Crohn, in ernsten und schlichten Worten der Toten von Neunkirchen, während sich die Anwesenden von den Plänen erhoben. Dem als 1. und 2. Punkt der Tagesordnung verlesenen Jahres- und Kassenbericht ist zu entnehmen, daß auch im vergangenen Jahre als erste Aufgabe der Ortsgruppe das Interesse an der endlichen Befreiung unserer Heimat gegolten hat, während gesellige Veranstaltungen im Hinblick auf die Wirtschaftsnot ausfielen. Trotz des Ausscheidens einiger Mitglieder wegen Fortzuges aus Stettin und auch infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten, war das finanzielle Ergebnis des Jahres ein gutes. Es wurde deshalb beschlossen, neben einer unter den Anwesenden veranstalteten Sammlung, auch aus der Vereinskasse einen größeren Betrag für die Neunkirchener Opfer zur Verfügung zu stellen. Ein aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus gestellter Antrag auf Herabsetzung des Jahresbeitrages von 4 bzw. 8 Mark auf 3 bzw. 6 Mark wurde nach lebhafter Debatte angenommen mit dem sofortigen Erfolg, daß zwei Mitglieder wieder ihr Verbleiben beim Verein erklärten, die infolge wirtschaftlicher Verhältnisse ausscheiden wollten. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, der es dem Vorstand anheimstellt, Mitgliedern aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten den Beitrag zu stunden bzw. ganz zu erlassen, um das Interesse dieser Mitglieder dem Verein zu erhalten. Als Hauptpunkt der Tagesordnung galt die Wahl des neuen Vorstandes. Nachdem der langjährige Vorsitzende und Mitbegründer des Vereins, Herr Ober-Reg.-Rat Dr. Stegner, infolge seiner Versetzung nach Erfurt von diesem Amt zurücktrat, hatte sich unser verehrter Senior und 2. Vorsitzender, Prof. Dr. Crohn, in aufopfernder Weise der Leitung des Vereins angenommen, wofür ihm auch hiermit nochmals herzlichster Dank aller Mitglieder ausgesprochen sei. Die Wahl als 1. Vorsitzenden fiel einstimmig auf Herrn Kaufmann Fritz Herrmann, der ebenfalls zu den Mitbegründern unserer Ortsgruppe gehört. Herr Herrmann nahm das Amt an mit dem Versprechen, ebenso seine ganze Kraft in den Dienst unserer guten Sache zu stellen und dankte gleichzeitig als gebürtiger Neunkirchener für die in Aussicht gestellte Unterstützungsspende. Auf allseitigen Wunsch und unter lebhaftem Beifall erklärte sich dann Herr Prof. Dr. Crohn wieder bereit, das Amt des 2. Vorsitzenden weiter zu behalten. Anstelle des wegen beruflicher Überlastung ausscheidenden 1. Schriftführers, Herrn Oberzahlmeister a. D. Schmidt, übernimmt Herr Kaufmann Karl Leiber dieses Amt, der auch weiterhin die Arbeit als Veranstaltungsleiter der Ortsgruppe ausführen will. Bei der Wahl des Kassierers war eine Neuversetzung nicht erforderlich, da auf einstimmigen Besluß der Versammlung unser langjähriger Kassierer, Herr Ziv.-Ing. B. D. Ehrhardt diesen verantwortungsvollen Posten weiterbehält, zumal die Finanzen des Vereins von ihm in vorbildlicher Weise verwaltet werden. Nach der Vorstandswahl, womit der offizielle Teil erledigt war, richtete Herr Herrmann nochmals an alle Mitglieder die dringende Mahnung, der Sache des Saarvereins treu zu bleiben bis zu der in zwei Jahren

stattfindenden Abstimmung, die hoffentlich eine uneingeschränkte Rückkehr unserer Heimat zum deutschen Mutterland bringen wird. In recht angenehmer und gemütlicher Weise — wie es bei unserem Verein eigentlich Gewohnheit ist — hielt der Abend die Mitglieder noch lange beisammen. Eins dürfen wir wieder hierbei feststellen: daß der Saarverein Stettin noch in alter Frische lebt und daß alle Anwesenden den Abend in guter Erinnerung behalten werden. Zuletzt sei noch unserem Veranstaltungsleiter, Herrn C. Leiber, für die guten Vorbereitungen — die recht hübsche Ausschmückung des Lokales in unseren blau-weißen Landesfarben und die nette Festzeitung — gedankt, die zum guten Verlauf des Abends ihr Teil beitragen. Ebenso unserem verehrten Mitglied und Mitbegründer Herrn Kaufmann Buchhardt, dessen Familie ein Musikinstrument mit Schallplatten zur Verfügung gestellt hatte.

* **Die Ortsgruppe Hamburg** hielt am 7. Februar 1933 ihre Jahresversammlung im Rheinischen Hof ab. Nach einer herzlichen Begrüßung der Anwesenden gab der Vorsitzende, Dr. Kuhn, einen kurzen Überblick über das Vereinsjahr 1932. Er betonte noch einmal, wie sehr es zu bedauern sei, daß unser Verein so sehr zusammengezogen ist. Die rührigsten, tätigsten Mitglieder mußten uns verlassen, dadurch verlor das Vereinsjahr recht ruhig. Die Versammlungen an jedem ersten Dienstag des Monats fanden regelmäßig statt und waren auch stets gut besucht, die noch wenigen treuen Mitglieder, die es sich angelegen sein lassen, nie zu fehlen, werden zusammengehalten durch das starke Band der Heimatliebe für unser geliebtes Saarland. — Im Februar 1932 hielt Herr Bartels einen Vortrag über „Hypnose und Suggestion“, im Mai fand ein Ausflug nach Ohlstedt und in den herrlichen Hamburger Wald statt, der, begünstigt von strahlendem Sonnenschein, in besonders fröhlicher Stimmung verlief. Im Dezember war eine schlichte, schöne Weihnachtsfeier, der ernsten Zeit entsprechend wurde sie sehr einfach gestaltet. — Bei dem Rückblick auf das vergangene Vereinsjahr gedachte Dr. Kuhn noch einmal zweier sehr trauriger Ereignisse, die uns alle tief erschüttert haben: des tragischen Todes des einzigen hoffnungsvollen Sohnes unseres verehrten Herrn Verwaltungsdirektor Vogel, der Kapitänleutnant Vogel-Eughaven und des allzufrühen Todes von Frau Grete Eisenbeis, der von uns allen sehr geschätzten Gattin unseres verdienten Ehrenmitgliedes, Herrn Georg Eisenbeis, Saarbrücken. — Nachdem Dr. Kuhn im Hinblick auf die Zukunft die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß nun in Deutschland wieder ein Aufstieg beginnen möge und die Rückkehr unserer Saarheimat zum Vaterland uns in kurzer Zeit gewiß sein möge, ergriff Dr. Thiel das Wort. Ergänzend zu dem Jahresbericht führte er als Vertreter des Werbeausschusses aus, daß, obgleich der Werbeausschuss durch den Verlust mehrerer taifräßiger Mitglieder sehr behindert sei, er doch seine werbende Arbeit fortsetzte. Dr. Thiel erhielt regelmäßig zusammengefaßte Berichte über den Inhalt der Artikel im Saarfreund, die er an die verschiedenen Zeitungen Hamburgs weitergab. Außerdem besuchte er regelmäßig die Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände und gab dann in den ordentlichen Mitgliederversammlungen Bericht darüber. — Nach dem Jahresrückblick folgte die Vorstandswahl. Es wurde der Antrag gestellt, alle drei Vertreter des Vorstandes wiederzuwählen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. So sah sich auch für das Jahr 1933 der Vorstand wie folgt zusammen: Dr. Kuhn, erster Vorsitzender, Fräulein A. Mauer, Schriftführerin, R. Eide, Kassierer. Auf dem offiziellen Tell folgte ein sehr gemütliches Beisammensein. Möge im Jahre 1933 ein günstiger Stern über unserm geliebten Vaterland leuchten, der auch unsre Vereinsarbeit erfolgreich sein lassen möge!

* **Die Ortsgruppe Ibbenbüren** des Bundes der Saarvereine veranstaltete unter dem Wahlspruch Treue um Treue unter ihren Mitgliedern und opferwilligen Saarfunden der Gemeinde eine Sammlung zum Besten der durch das schreckliche Explosionsunglück in Neunkirchen vom 10. Februar d. J. Heimgesuchten. Das Ergebnis der Sammlung in Höhe von 304 RM. wurde unter gleichzeitiger Mitteilung an das Bürgermeisteramt zu Neunkirchen auf das Konto Nr. 5050 beim Postscheckamt Köln eingezahlt.

* **Gesellschaftsfahrten mittels Autobus vom Ruhr- zum Saargebiet und umgekehrt.** Auf Grund der vorjährigen, reichen Erfahrungen werden die bekannten und beliebten Autobus-Gesellschaftsfahrten vom Ruhr- zum Saargebiet am Samstag, dem 1. April 1933, wieder beginnen. Bei genügender Teilnahme und nach vorheriger Anmeldung erfolgen die Hinfahrten vorerst nur Samstags, und später wahrscheinlich auch Mittwochs. Die Rückfahrten Montags bzw. auch Donnerstags, und zwar verschiedentlich durch die reizvolle Eifel, durch das herrliche Rhein-, Mosel- und Saartal, oder über den Hunsrück und das Nahtal. Auskünfte erteilen alle Ortsgruppen des Bundes Deutsche Saarvereine innerhalb des rhein.-westf. Industriegebiets, sowie die

dazu erbötigen Verkehrsvereine. Letztere nehmen auch Anmeldungen entgegen. Fahrscheine und ausführliche Prospekte sind durch die Geschäftsstelle „Saarverein“ Herne und Umgegend in Herne, Blücherstraße 58 f, erhältlich. Mit Riesenstichen rückt der Tag näher, an dem durch die Volksabstimmung über das Schicksal des Saargebietes entschieden werden soll. Unermüdlich ist die Arbeit der Saarvereine, dieses Stückchen Land dem deutschen Vaterlande zurückzubringen. In stetem Kontakt mit den Brüdern an der Saar gelang es ihnen, schon manche Erleichterung zu bringen. Um nun die Verbundenheit mit dem Heimatlande weiter auszubauen, richteten vor etwa Jahresfrist die Saarvereine des rhein.-westf. Industriegebietes diese Heimfahrten ein. Nicht weniger als 35 Fahrten wurden im Laufe des vergangenen Jahres zur vollsten Zufriedenheit aller Teilnehmer nach dem Saargebiet und zurück ausgeführt. Die vielen, oft nach jahrelanger Trennung, stattgefundenen innigen Aussprachen und herzlichen Händedrücke haben gewiß so manches treudeutsche Saarherz warm gemacht und es gestärkt, auszuhalten bis zur Volksabstimmung im Jahre 1935. Möge auch fernerhin dieleges- reichen Einrichtung Zuspruch und Erfolg beschert bleiben, auf daß 1935 dem deutschen Vaterlande zurückgegeben wird was ihm gehört, das deutsche Saargebiet. Bei dieser Gelegenheit soll nicht allein die bevorstehende Abstimmung vorbereitet werden, sondern es soll auch im Interesse der Ankurbelung des gesamten Wirtschaftskörpers bei der Rückgliederung des Saargebietes eine gewisse bessere Orientierung zwischen unsren deutschen Brüdern und Schwestern hüben und drüben dadurch hervorgerufen werden. Das aktuelle Saargebietproblem sollte jeden Reisenden reizen, dieses Land von historischer und politischer Bedeutung zu sehen, seine Heimatstadt Saarbrücken selbst, als Wirtschafts- und Verkehrsmittelpunkt, als wichtiger Durchgangsplatz für den Warenaustausch nach dem Westen, als Sitz weltbekannter Hüttenwerke und Großunternehmungen, der Weiterverarbeitenden- und Fertigindustrie, als günstige Gelegenheit für industrielle Neuanstellungen lernen zu lernen. Die zahlreichen Baudenkmäler und Sehenswürdigkeiten historischen und künstlerischen Charakters sollen allgemein bekannt werden. Darum Parole: „Jeder Deutche einmal ins Saargebiet!“

* Der Saarverein Herne und Umgegend gedachte zu Beginn der in der Westfalenstraße stattgefundenen Monatsversammlung zunächst der zahlreichen Opfer der Neunkirchener Katastrophen. Im Laufe der Versammlung beschloß man, der Stadt Neunkirchen und allen Beteiligten ein Beileidschreiben zu senden. Neun neue Mitglieder konnten aufgenommen werden. Nach den Ausführungen des 1. Kassierers Otto Müller hatte die Saarlandgebung mit Reichsgründungsfeier am 18. 1. 33 einen zufriedenstellenden Abschluß zu verzeichnen. Der Kassierer berichtete auch über den Verlauf der am 22. Januar in Gladbeck stattgefundenen Vertreterversammlung des rhein.-westf. Industriegebietes und hob die Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr. Russell besonders hervor, der erklärt hatte, Saarlandgebungen und Pressepropaganda allein genügten nicht in der Arbeit für die Rückgewinnung der Saar. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs gerade in den beiden letzten Jahren vor der Abstimmung müsse gleichbedeutend in den Vordergrund gestellt werden. Der zweite Vortrag: „Die Saarpenionäre“ von Herrn Günemann aus Bochum fand lebhaftes Interesse und löste eine rege Aussprache aus. Eine Auskunftsstelle über Knapschaftsangelegenheiten für die Mitglieder der Saarvereine befindet sich in Bochum, Roitstraße 28, bei Herrn M. Christ. Anschließend ging der Vorsitzende auf den Inhalt der zweiten Februar-Nummer des „Saarfreund“ ein. Neben der ausführlichen Behandlung des Neunkirchener Unglücks sei von großer Wichtigkeit ein Artikel von Chefredakteur Ecker, Saarbrücken, über den saarländischen Landesrat, worin über die soziale Rückständigkeit der Regierungskommission, über die durchaus nicht feststehende Sicherung der kommenden Volksabstimmung, über die immer noch vorhandene Bevorzugung französischer Interessen u. a. höchst Wissenswertes berichtet wurde. Dies ganze Welt, nicht nur jeder Deutsche, müsse ferner den Artikel von Johann Mang lesen, der sachverständig und objektiv die Ungeheuerlichkeiten des französischen Raubbaus an den Kohlegruben im Saargebiet schildert und dabei auf die gefährlichen, durch diesen Raubbau erzeugten Bodensenkungen im Saargebiet eingehet. Anschließend wurden die getätigten Vorarbeiten für die am 1. 4. 33 beginnenden Gesellschaftsfahrten mittels Autobus nach dem Saargebiet und zurück bekanntgegeben und die weiteren Vorarbeiten für die bevorstehende Volksabstimmung beraten. Auf das am Mittwoch, dem 22. Februar, stattfindende Kaffeetrinken mit Unterhaltungsabend wurde empfehlend hingewiesen.

Die Ortsgruppe Düsseldorf hielt am Donnerstag, dem 23. Februar, im großen Saale des Hotels Bick, Immermannstraße 41, eine Monatsversammlung ab. Über 130 Personen nahmen an derselben teil. Der Vorsitzende, Herr Dr. Kill, begrüßte zur Eröffnung der Versammlung alle erschienenen herzlichst, sein besonderer Gruß galt unserem Ehrenvorsitzenden, Herrn Direktor Moser, sowie einer Reihe von Gästen aus verschiedenen landsmannschaftlichen Vereinen Düssel-

dorfs und dem Vertreter der Ortsgruppe Duisburg, Herrn Lehrer Huber. Den ersten Teil des Abends bildete eine eindrucksvolle Gedenkfeier für die Opfer der Neunkirchener Explosions-Katastrophe. Herr Dr. Kill gedachte in einem tiefsinnigen Nachruf der Toten von Neunkirchen und schilderte anschaulich das große Unglück und seine verheerenden Wirkungen, die Beerdigung der Opfer und die warmherzige Teilnahme des In- und Auslandes an der tiefen Trauer des Saarlandes und aller Saardeutschen. Stimmungsvoll spielte die Musik das Largo von Händel, während alle Anwesenden sich erhoben und in stiller Trauer der toten Landsleute in der Saarheimat gedachten. Sodann trug der 1. Schriftführer, Herr F. d. Petri, das Gedicht „Hlob an der Saar“ von Friedr. Schön (Saarfreund Nr. 4) vor, gleichzeitig als Einleitung zur Sammlung von Geldspenden zur Linderung der Not der von dem Unglück in Neunkirchen betroffenen Familien und Hinterbliebenen, die eine erfreulich hohe Summe ergab. Als Ausdruck der Verbundenheit unserer Ortsgruppe mit der Saarheimat, zugleich als Abschluß des 1. Teiles der Monatsversammlung erklang unser Bundeslied: „Deutsch ist die Saar“. Im 2. Teil des Abends fand eine Wiederholung der Vorführung der Saartracht und des Knappereigens statt, da beim Trachtenfest in der Stadt Tonhalle manche unserer Mitglieder durch Grippekrankung am Erscheinen verhindert waren. Beide Vorführungen folgte ein Gedicht „Sarweinleid“ von Alb. Korn (Saarkalender 1930), vorgetragen von Tertianer Herrmann J. Petri, und anschließend eine kleine Verlosung einiger Flaschen Saarwein sowie anderer nützlicher Gegenstände. Musikdarbietungen und Vorträge in saarländischer Mundart, letztere dargeboten von Fräulein Wilh. Klein, Herrn Dr. Kill und Herrn Wispelinghoff, gaben dem Unterhaltungsteil willkommene Abwechslung. Alles in allem: es war ein echter Saarvereins- und Heimatabend!

* Heimatbund der Saarländer für Koblenz und Umgebung. Am 11. März fanden sich abends die Mitglieder, dazu auch Abordnungen der übrigen Grenzlandvereine in der „Union“ zusammen, um gemeinsam der Opfer des Explosionsunglücks in Neunkirchen zu gedenken. Der Vorsitzende, Herr Heinz Kellner, der wenige Stunden nach dem furchtbaren Ereignisse an Ort und Stelle war, gab in einem eingehenden Lichtbildvortrage seine Eindrücke und Erlebnisse wieder. Im ersten Bilde zeigte er die Stadt vor dem Unglück und schilderte ihre Entwicklung. Schon in ältester Zeit wurde das Land in den Besitz des Römerrreiches eingegliedert. Allemannische und fränkische Siedlungen entstanden. 1281 wird es zum ersten Male in einer Tauschurkunde erwähnt als die Siedlung „an der neuen Kirch“. Im Laufe der Jahrhunderte entwickelte sich Neunkirchen dann allmählich zu einer der bedeutendsten Industriestädte Deutschlands. Es ist die Stadt der Gegensätze! Hier liebliche Flecken Erde, dort mächtige Zeugen deutscher Industrie und Schaffenskraft. Wie ein eherner Kämpfer der Industrie erschien der gewaltige Gasapparat auf der weißen Wand, neuzeitliche Einrichtungen übertragen, Stahlwerke, Maschinen, Eisenteile — alles wurde in einer Stunde dämonischen Geschehens vernichtet. Menschen irren durch das Grauen eines Trümmerfeldes, Eisenstücke hängen in durchschlagenen Häusern, Fensterhöhlen gähnen, und über dem schrecklichen Bilde der Verwüstung lodert ein blutrotes Feuer, die Retter sind machtlos gegen die Elemente, wenn sich nicht die Menschenmenge auf sich besinnt. Stechender Qualm verdunkelt den Ort des Schreckens! Wie leiden die deutschen Kämpfer an der Saar! Heute gibt es hier keine Kommunisten, keine Nationalsozialisten mehr, alle sind vom Schicksal schwer betroffene Menschen, die die Not zusammenschweift, die alle von dem einen Wunsche beseelt sind: Rettet! Helfen! Während die Männer helfen, heilen die Frauen. Ungerufen strömen sie alle zu den Hilfsstellen. Tieferschüttert betrachteten die Versammelten die traurigen Bilder, umsangen von dem Gedanken, wie nahe der Tod dem Leben ist. Die Trauerfeier ist das Bild einer schwergeprüften Schicksalsgemeinschaft. Auch hier gebietet der Tod Eintracht und Frieden. Der evangelische und der katholische Pfarrer sprechen Trostworte zu den Trauernden. Das Denkmal für die Gefallenen von 1870/71 scheint zu mahnen: „Sei getreu bis in den Tod.“ Gräber, Särge, Gräber — ist das lechte Bild. Leise drängt sich die Frage auf: „Was ist menschliche Kraft gegenüber der Naturgewalt, gegenüber dem Willen des Allmächtigen?“ Am Volkstrauertage klagt Deutschland über den gefallenen Helden, klagt um die toten Mitbrüder und Schwestern an der Saar, die den Tod auf der Stätte des Kampfes um das tägliche Brot gefunden haben, und denen man in Versailles 15 lange Jahre versagt hat, in den Grenzen des Mutterlandes zu leben. — Im Anschluß an den Vortrag gab Generaldirektor Baurat Einsmann einige technische Erläuterungen, indem er die beiden bestehenden Gasstellensysteme, das trockene und das nasse, besprach, wobei er das nasse, wie wir es in Koblenz haben, bevorzugte. Er bemerkte zum Schluß: „Ich persönlich möchte nicht in einer Stadt wohnen, in der ein Kessel noch nach dem trockenen System vorhanden wäre.“ Der Vorsitzende, Herr Heinz Kellner, erwähnte noch, daß Frankreich nicht ganz schuldlos an den schrecklichen Auswir-

lungen des Unglücks sei. Jahrelang trieb es Kohlenraubbau unter Mißachtung vor allem der preußischen Bergbaugesetze, die vorschreiben, daß bis zu einer bestimmten Grenze Sicherheitspfeiler unter Städten und Industrieanlagen stehen müssen. Durch diesen Raubbau war die Werksleitung gezwungen, den Gasfessel, um ihn auf festen Untergrund stellen zu können, in unmittelbarer Nähe der Arbeitersiedlung zu errichten. — Der Vorsitzende regte an, von den 181 Schwerverletzten, die heute noch zum größten Teile in den Krankenhäusern sind, eine Anzahl bei Koblenzer Familien unterzubringen, damit sie am deutschen Rhein körperliche und geistige Erholung finden.

* Die Ortsgruppe Frankfurt/Main hielt am Dienstag, dem 7. März 1933, gemeinsam mit der Ortsgruppe des Pfälz-Vereins eine Versammlung ab. Herr Anschütz, der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, gedachte einleitend in tiefempfundenen Worten der Opfer der Neunkirchener Explosionskatastrophe. Dabei teilte er mit, daß die Ortsgruppe Frankfurt für die durch das Unglück in Neunkirchen Betroffenen einen Betrag von 50 RM. bewilligt habe, die der Hilfsorganisation in Neunkirchen überwiesen wurden. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Vorbereitungsarbeiten für einen am 25. März stattfindenden „Saarländisch-Pfälzischen Heimatabend“ besprochen. U. a. wird hierbei ein Vortrag über den Kampf um die Rückgliederung des Saargebietes zu unserem Vaterlande gehalten werden.

* Die Landesgruppe Bayern des Bundes der Saarvereine mußte, wie bereits berichtet, die Saarland-Ausstellung München 1933 infolge Benötigung des Weißen Saales der Polizeidirektion für die Reichstagswahlen nach 23-tägiger erfolgreicher Dauer vorzeitig abbrechen. Der Bund der Saarvereine war zusammen mit dem Museum für Länderkunde Leipzig Träger der Ausstellung, während der Verein Ausstellungspark München in großzügiger Weise kostenlos Vorbereitungen, Durchführung und den Abbau verwaltungs- und finanztechnisch übernommen hatte. Die bayerische Landeshauptstadt hat der Saarland-Ausstellung größtes Interesse entgegengebracht; auch die staatlichen und städtischen Mittel-, Volks-, Fortbildungs- und Berufsschulen haben, dank der Unterstützung durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und die oberste Stadt-

schulbehörde Münchens, die Ausstellung überaus zahlreich besucht. Der Bund der Saarvereine, Landesgruppe Bayern erachtet es daher für seine Ehrenpflicht, allen, die sich um das Gelingen der Ausstellung und somit um die Erkenntnis der Bedeutung des deutschen Saargebietes verdient gemacht haben, öffentlich zu danken, sie hat beschlossen, mehrere Persönlichkeiten in Anerkennung ihrer besonderen Verdienste um die Saarland-Ausstellung zu Ehrenmitgliedern zu ernennen.

* Saarland-Ausstellung München 1933. Die Landesgruppe Bayern des Bundes der Saarvereine teilt uns mit, daß die uns von Homburg gewordene Fazit, die Stadt Homburg sei in der Saarland-Ausstellung München 1933 nicht erwähnt worden, nicht zutreffe. Homburg sei mehrfach und nachdrücklich als bedeutamer Verkehrsknotenpunkt und Industriestadt in Wort und Bild vertreten gewesen. Darüber hinaus sei das Bürgermeisteramt Homburg gebeten worden, noch einige Lichtbilder zur Auswahl einzusenden, weil mit Rücksicht auf den organischen Aufbau der Ausstellung die Wahl der Bilder entsprechend getroffen werden mußte. Ein Grund zur Beschwerde habe also nicht vorliegen.

* Regimentsfest der Angehörigen des ehemaligen 4. Lothr. Inf.-Regts. 136. Die diesjährige Wiedersehensfeier der ehem. 136er, verbunden mit einem Regimentsappell, findet am 3., 4. und 5. Juni d. J. (Pfingsten) in Wanne-Eickel statt. Alle Vorbereitungen sind getroffen. Mehrere höhere Offiziere haben ihr Erscheinen bereits zugesagt. Allen Kameraden, die an der Feier teilnehmen wollen, rufen wir schon jetzt ein herzliches Willkommen zu. Nähere Auskunft erteilen die Kameraden Wilhelm Wagner, Herne i. Westf., Altenhofener Straße 45, und Otto Reck, Wanne-Eickel, Schwerinstraße 6.

Briefkasten

Gebr. K. in B. 20 Fr., D. M. in F. 54 Fr., P. St. 10,80 Fr., J. A. in H. 20 Fr., J. E. in H. 8 RM., P. Sch. in G. 5,35 RM., Oberlehrer Sch. in D. 6 RM., K. B. in S. 10 RM., A. E. in H. 36,45 Fr., Th. Sch. in R. 50 Fr., Dr. W. in M. 30 Fr., J. H. in S. 60 Fr., J. L. in Sch. 20 Fr., H. B. in R. 60,60 Fr., H. B. in L. 15 Fr., A. M. in S. 3 RM., D. W. in S. 50 Fr., Rektor Sch. in H. 65 Fr., D. Z. in W. 20 Fr., K. H. in R. 10 RM., A. B. in H. 1,50 RM. mit herzlichstem Dank erhalten.

Was jeder von der Volksabstimmung im Saargebiet zu Anfang 1935 jetzt schon wissen muß

In Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages findet zu Anfang des Jahres 1935 im Saargebiet eine allgemeine Volksabstimmung über das endgültige Schicksal des Saargebietes statt. Auf diese Weise soll die Saarbevölkerung beladen, ob sie

- a) Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes, oder
- b) Vereinigung mit Frankreich, oder
- c) Wiedervereinigung mit Deutschland, verlangt. Daraufhin entscheidet der Völkerbund über die künftige Staatszugehörigkeit des Gebietes. Hierzu sind sowohl Völkerbundssversammlung wie auch Völkerbundsrat zuständig, doch steht zu erwarten, daß die Entscheidung allein durch den Völkerbundsrat erfolgt.

Abstimmungsberechtigt sind alle Personen beiderlei Geschlechts, welche

1. am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages (am 28. Juni 1919) im Saargebiet gewohnt haben, dort also damals ihren ständigen Wohnsitz hatten und ferner

2. am Tage der Abstimmung über 20 Jahre alt sind. Unerheblich ist es demgemäß, wo man geboren ist und wo man zur Zeit der Abstimmung wohnt. Auch hat die sogenannte „Saar einwohner-Eigenschaft“ mit der Abstimmungsberechtigung nichts zu tun.

Die Abstimmung erfolgt nach Gemeinden oder Bezirken; dabei ist es noch ungewiß, ob sich die Bezirksteilung nach der bereits bestehenden Verwaltungsgliederung des Gebietes richtet, oder ob besondere Abstimmungsbezirke gebildet werden. Letzteres erscheint rechtl. zulässig, doch ist dabei die innere Geschlossenheit der Bezirke zu wahren. Willkürliche Trennungen oder Zusammensetzungen sind unzulässig.

Die endgültige Entscheidung braucht nicht einheitlich für das gesamte Saargebiet zu erfolgen. Im Versailler Vertrag ist ausdrücklich die Möglichkeit einer Teilung des Gebietes vorgesehen.

Der Völkerbund hat bereits vor Jahren in beschränktem Umfange vorbereitende Maßnahmen getroffen, indem er die öffentlichen Listen und Register, welche eine Grundlage für die Klarstellung der Abstimmungsberechtigung bieten können, gesammelt und sichergestellt hat. Eine Einzelregelung ist jedoch noch nicht erfolgt. Für sie ist der Völkerbundsrat zuständig.

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel - Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 536, oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Posselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW 11.

Wichtig!

Das

Wichtig!

Bücherangebot

Das Saargebiet, seine Struktur, seine Probleme, von Professor Dr. Kloevkorn	RM. 15,—	Zentrumspartei und Zentrumspresse an der Saar zur Zeit des Kulturlampfes 1872—1888, von Dr. Emil Heitan, Verlag Saar-Zeitung, Saarlouis	RM. 3,—
Die deutschen Grenzlande, von Dr. M. H. Boehm	13,50	Der Schaumberg, von H. J. Becker, zu beziehen durch Saarbrücker Druckerei u. Verlag A.-G. Saarbrücken	1,50
Ganglainen (zu beziehen vom Verlag R. Hobbing, Bln. SW 61, Großbeeren Straße 17)		Bund und Wehrmacht — 10 Jahre Reichswehr	0,75
Geschichte des Saargebietes, von Professor Ruppertsberg	10,—	Heimatbilder, 11. Teil, von Buchleitner	1,—
Regierung und Volksvertretung im Saargebiet, von Dr. iur. H. Katsch (zu beziehen durch Verlag Th. Weicher, Leipzig)	9,50	Ansage und Widerlegung, ein Taschenbuch zur Kriegsschulfrage	unentgeltl.
Das schöne Land an der Saar, von Reuth, Direktor des Saarheimatmuseums. 2. Folge	8,—	Die Kontrolle des Völkerbundes über die Tätigkeit der Regierungskommission des Saargebietes, von Dr. Grotz	3,—
Saarländische Volkskunde, von Dr. Fox	8,50	Die Verhandlungen über die Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz, von Dr. Fischer	1,50
pfälzer Volkskunde, von Prof. Dr. Albert Becker	8,50	Die franz. Domänen Schulen im Saargebiet, Denkschrift der 3. Lehrerkammer für das Saargebiet, leihweise	
St. Ingbert und seine Vergangenheit, von Studienrat Dr. Krämer	6,—	Das Saargebiet unter der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens u. des Vertrags von Versailles leihweise	
Deutsch die Saar immerdar — Helft die deutsche Saar befreien, von Th. Vogel	1,50	Karte des Saargebietes	1,00
Saarliederbuch des Bundes der Saarvereine, zusammengestellt von Th. Vogel	0,50	Das Saargebiet im Friedensschluß, dreisprachig, von Dr. Frank	leihweise
Die Großindustrie des Saargebietes, von J. Kollmann	0,50	Das Hambach-Buch für Saar und Pfalz, Deutschlands Wiedergeburt 1832—1932, von Prof. Dr. Albert Becker. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.	
Frankreich und das Saargebiet im Spiegel der Geschichte, von Professor Meister	0,50	Verlag der „Saarbrücker Landes-Zeitung“	2,—
Rektet das Saarland, von Stegemann	0,50	Verschiedene Saarlieder mit Noten	je 0,50
Das deutsche Land an der Saar, Sonderdruck aus Jahrbuch Deutschland 1928, von Th. Vogel	unentgeltl.	Türme, Dächer, Höhen — Eine Bildermappe von M. Wenz	4,20
Kompetenzregelung zwischen Völkerbundrat und Saarregierung, von Josef M. Goergen	1,85	Der Deutsche Warndt. — Eine Bildermappe von M. Wenz	4,20
Frankreichs Saarpolitik, eine Saarinterpellation im Bayerischen Landtag	1,50	Unsere Heimat — Die untere Saar. Eine Bildermappe von M. Wenz	4,20
Frankreichs Saarpolitik, eine Saarinterpellation im Preußischen Landtag	0,50	Links und rechts der Saarbahnen. Ein Reisebuch von Schriftleiter Hugo Hagn, 288 Seiten mit 105 Bildern. Zu beziehen durch die Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G. Saarbrücken	1,—
Die Saarläge, von Giersberg	unentgeltl.	„Humor aus der rheinischen Besatzungszeit 1918 bis 1930“, von Lackas, zu beziehen durch Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G. Saarbrücken	1,00
Das Saargebiet und die Frankenwährung	unentgeltl.	„Wiße und Späße vom Fischers Maathes“ in einem Band. Zu beziehen durch Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G. Saarbrücken	1,—
Grundlagen des Rechts im Saargebiet, von O. Andres	4,—	Unsere Saar, Heimatblätter für die Saarlandschaft, Herausgeber Prof. Dr. Blatter (zu beziehen durch die Hausen-Verlags-Gesellschaft m. b. H. Saarlouis) pro Heft im Abonnement RM. 0,50, sonst 0,75	
Die Volksabstimmung im Saargebiet, von Josef M. Goergen	3,—	„Das Saargebiet“, aus der Buchserie „Deutsches Land und Deutsche Arbeit“. In deutscher Einheitskurzschrift. Zu beziehen durch Winklers Verlag (Gebr. Grimm), Darmstadt.	
Das Saarknappschatzgesetz, von M. Karius	1,—	Kart. gebunden	1,15 1,60
Frankreichs Fundamentalirktum im Saargebiet, von J. M. Goergen	1,50		
Saarsondernummer der Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde e. V. Juli 1929, von Dr. iur. Fürst, Amtsgerichtsrat.	4,—		
Die Saarfrage, von Staats- und Stadtarchivar Dr. G. W. Sante-Saarbrücken, zu beziehen durch Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G. Saarbrücken	2,—		
Geschichte des Kreises Merzig, von Schulrat Kell, zu beziehen durch Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G. Saarbrücken	8,—		
Chronik von Friedrichsthal-Bildstock, von Oberlehrer W. Schäring, zu beziehen durch Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G. Saarbrücken	7,—		
Geschichte der lath. Pfarrrei St. Ludwig in Saarlouis, von Dr. Delges. Zu beziehen vom Verfasser	3,—		
Denkschrift der Stadt Saarlouis, von Bürgermeister Dr. Lach (zu beziehen durch die Hausen-Verlags-Gesellschaft m. b. H. Saarlouis)	12,—		
Geschichte der Abtei Graulautern, von R. Rud. Rehaneck, zu beziehen durch Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G. Saarbrücken	4,70		
Ein Königsgrab an der Saar, oder die Klause zu Castell, 72 Seiten, 30 Bilder, zu beziehen vom Verfasser N. Lackas, Trier, Speestr. 10. Vorzugspreis für die Mitglieder des Saarvereins	0,50		
Literaturgeschichte des Saargebietes, von Dr. Ewald Reinhard	2,50		
„Das deutsche Herz“, Drama von Fr. Schön. Zu beziehen von Gebr. Höfer A.-G. Saarbrücken	1,—		
Als Vortragsmaterial zwei fertig ausgearbeitete Vorträge:			
a) Das deutsche Saargebiet, von O. Andres. unentgeltl.			
b) Freiheit für die Saar, von O. Pick. unentgeltl.			
Lichtbilderserien mit 108 Lichtbildern aus Landschaft, Industrie und Geschichte des Saargebietes, mit Erläuterungen stehen ebenfalls leihweise zur Verfügung.			
Gesonders erwähnt sei die Zeitschrift „Saar-Freund“ mit der illustrierten Monatsbeilage „Saarheimatbilder“ zum monatlichen Bezugspreis von 0,50 RM. Die anlässlich der einzelnen jährlichen Tagungen herausgegebenen Festnummern des „Saar-Freund“ enthalten außerdem hochbedeutende, zum Teil grundlegende Beiträge zur Saarfrage. Sämtliche „Saar-Freund“-Festnummern, mit Ausnahme der von 1928, können zum Stückpreis von 0,50 RM. bezogen werden.			

der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Stresemannstraße 42
hat allseitig größte Beachtung gefunden!

Sehen auch Sie unser Verzeichnis durch.

Helfen Sie uns bei der Verbreitung der wichtigen Aufklärungsschriften
und vergessen Sie nicht, auch Ihre Bibliothek zu vervollständigen!

Besuch Saarbrücken u. das Saargebiet

Das aktuelle Saargebietproblem sollte jeden Reisenden reizen, dieses Land von historischer und politischer Bedeutung und seine Hauptstadt Saarbrücken kennen zu lernen. Niemand bereut die Reise. Noch jeder für landschaftliche Schönheiten empfängliche Besucher war überrascht und begeistert von dem eigenartigen Reiz der Landschaft, der Wälder und Höhen ihr Gepräge geben, in die sich die mannigfaltigen Industrieanlagen harmonisch einfügen.

Zahlreiche Baudenkmäler und Sehenswürdigkeiten historischen und künstlerischen Charakters.

Keine Einreisewierigkeiten. Reisepass oder ein sonstiger von der zuständigen Heimatsbehörde ausgestellter Personalausweis mit Foto und genügen zur Einreise.

Auskunft erteilt das Verkehrsamt der Stadt Saarbrücken, Rathaus.

Die Saarheimatbilder „Die deutsche Saar den toten Soldaten“

geben auf 16 Seiten im Tiefdruckverfahren in Wort und Bild einen eindrucksvollen Überblick über die Kriegergräber und Denkmäler aus dem 70. und aus dem Weltkrieg in saarlandschaftlich schöner Umgebung. Sie werden allen Deutschen von der Saar ein willkommenes Gedenkblatt sein. Wir haben sie deshalb im Sonderdruck herstellen lassen und geben sie zu dem außergewöhnlich billigen Preis von 50 Pfennig ab. Bestellungen werden ab sofort von der Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42, entgegengenommen.

Nach deutschen Erzeugnissen verlangt das Saargebiet

800 000 Menschen — davon 75% Katholiken — wohnen in diesem hochwichtigen Industriegebiet, daher



Ein voller Erfolg
in Ihrer Werbung **nur durch die**
Saarbrücker Landes-Zeitung
Das führende Organ der größten politischen Partei des Saargebietes
Auflage ca. 45000



auf einem Raum von 1880 qkm, also mit 425 Seelen je qkm, gehört zu den dichtest besiedelten Industrie- u. Verbrauchscentren Europas.

Als Absatzgebiet
wächst heute schon täglich seine Bedeutung für den reichsdeutschen Lieferanten. Bitte bedienen Sie sich bei Saarwerbungen aller Art des anerkannt besten Werbemittels, der

saarbrücker Zeitung

des nach Tradition (gegründet 1761), Auflage (ca. 60000), Umfang des Anzeigenanteils u. politischer Bedeutung unbestritten führenden Blattes.

Gesellschaftsfahrten

mittels Autobus vom Ruhr zum Saargebiet und umgekehrt

Anmeldung, Auskunft und ausführliche Prospekte

„Saarverein“ Herne i. Westf., Blücherstr. 58!

„Verkehrsverein“ Herne i. Westf., Tel.-Nr. 52400

Inserieren

Sie im

Saar-Freund!